

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Jaroslavo nám. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 8795.
Nachredaktion: 8797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Reklamanten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Samstag, 31. Mai 1924.

Nr. 128.

Ein Memento!

Die politischen Vorgänge der letzten Tage mühten, soweit dies bis heute noch nicht durch die Entwicklung der Verhältnisse geschehen ist, den tschechischen Sozialdemokraten die Augen öffnen. Da ist vor allem der Fall Prásek. Das führende Mitglied einer in der Regierungsmehrheit mit den tschechischen Sozialdemokraten verbündeten Partei, tanzt plötzlich eine Extratour. In dem Bedürfnis, aus einem Angeklagten ein Ankläger zu werden, geht er zum Angriff gegen die „Marxisten“ über, verlangt, die Fahrtrichtung des Koalitionschiffes müsse nach rechts gedreht werden, was so viel bedeutet, als daß die Sozialisten in der Regierung noch einflußloser gemacht, oder aus ihr herausgedrängt werden sollen. Er läßt erkennen, daß er die Sammlung aller erzkonservativen, kapitalistischen und arbeitserindlichen Elemente beabsichtigt, um sie gegen die „Marxisten“ zu Felde zu führen, und er scheut auch vor Angriffen auf den Präsidenten nicht zurück, der ihm zu linksorientiert ist. Prásek ist trotz dem bis heute Mitglied einer Koalitionspartei, aber das Aergere noch ist, daß kein einziges tschechischbürgerliches Blatt — bis auf die frondierenden „Dobro Roviny“ — sich findet, das sich energisch gegen Prásek wenden würde, was das nicht mehr geheime Einverständnis der hinter dieser Presse stehenden Parteien mit Práseks Angriffen deutlich offenbart. Der andere Fall betrifft den Vorstoß, den die tschechischen Agrarier in der Frage der Getreidezölle unternommen haben. Noch bis zur Ernte, so verlangen sie, muß die Erhöhung der Getreidezölle durchgeführt werden. Die Agrarier fordern die Verwirklichung der Parität der landwirtschaftlichen Zölle mit den Industriezöllen, oder Herabsetzung der Industriezölle. Die Industriellen und der Staat haben die Löhne herabgesetzt, die Agrarier wollen der arbeitenden Bevölkerung nun auch noch das Brot verteuern und machen von der Erfüllung ihrer Forderung die Verwirklichung der Sozialversicherung abhängig. Die tschechischen Sozialdemokraten sollen im Rahmen der Koalition an dieser weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, welche die Erhöhung der Getreidezölle bewirken würde, mitwirken. So verlangt es, nach Auffassung der Agrarier und der sie unterstützenden anderen bürgerlichen Parteien, die Treue zur Koalition.

Es sind nicht diese zwei Fälle allein, aber sie sind die letzten der starken Zumutungen an die Längmut der tschechischen Sozialdemokraten, und sie tun dar, wie die tschechisch-bürgerlichen Parteien ihre eigene Rolle in der Koalition auffassen, und welche Aufgaben sie darin den tschechischen Sozialdemokraten einräumen. Angeblich ist die Koalition auf der einvernehmlichen Zusammenarbeit aller in ihr vertretenen Parteien aufgebaut. Aber in der Praxis erfolgt diese Zusammenarbeit so, daß die bürgerlichen Parteien ihren Willen diktieren, alle Gesetze nach ihren Wünschen formulieren, den Staat zu ihrer Machtinstitution machen, während den tschechischen Sozialdemokraten nachgerade als einziges Recht zugebilligt ist, an der Beschlussfassung aller von der tschechischen Bourgeoisie geforderten reaktionären Gesetze und an der Befriedigung ihres kapitalistischen Geißhungers mitzuwirken. Im Falle Prásek sehen diese, welche Würdigung ihre Mitwirkung in der Koalition bei ihren Bundesgenossen findet. Diese sind jeden Augenblick bereit, den tschechischen Sozialdemokraten den Stuhl vor die Füße zu setzen, wenn sich eine ihrer Sabotier- und Herrschsucht günstigere Regierungskombination herstellen ließe, sie dulden es wohlwollend, wenn einer der ihnen den tschechischen Sozialdemokraten geahnte Feindschaft und Mißachtung zeigt. Kurz, das Selbstbewußtsein der bürgerlichen Parteien in der Koalition ist so gestiegen, daß sie glauben, sich mit ihren sozialdemokratischen Koalitionsgenossen bereits alles erlauben zu können.

In den Reihen der tschechischen Sozialdemokraten beginnt das Bewußtsein von der

Das Ende der Ruhr-Aussperrung.

Montag Wiederaufnahme der Arbeit.

Berlin, 30. Mai. (Eigenbericht.) Eine Regierungskonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes hat heute zu der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für den Ruhrbergbau Stellung genommen und nach eingehender Erwägung mit 140 gegen 34 Stimmen sich gegen einen Streik und für die Anerkennung der Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Die Arbeit soll am Montag in einigen Teilen des Reviers

wieder aufgenommen werden. In einer Anzahl größerer und kleinerer Betriebe des Bochumer Reviers wurde bereits heute wieder angefahren. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen gemeinsamen Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit, in dem sie den Schiedspruch als einen unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen erregenen Erfolg bezeichnen, zumal der Ansturm der Unternehmer auf die Arbeitszeit und die Lohnföhrung abge schlagen worden ist.

Die Bürgerblutregierung gescheitert.

Die Deutschnationalen verlangen eine Kursänderung und Beseitigung der „Erfüllungspolitik“ Marx und Stresemann.

Berlin, 30. Mai. (Eigenbericht.) Im Laufe des heutigen Tages verhandelte Reichsminister Marx mit den Führern der Deutschnationalen und den Führern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft; jedoch ist die Bildung einer Bürgerblutregierung unter Marx endgültig gescheitert, nicht zuletzt dank der Haltung der Deutschen Volkspartei, die die Deutschnationalen in ihren extremen Forderungen geradezu unterstützt hat, um Marx scheitern zu lassen. Die Deutschnationalen lehnten dann ganz offen Marx als Kanzler und Stresemann als Außenminister ab.

späten Abend eine entsprechende offizielle Auslassung.

Sie geben ferner ganz offen zu, daß sie eine Kursänderung wünschen und daher diese beiden bisherigen Erfüllungspolitikern nicht wollen. Außerdem verlangen sie eine Einheitlichkeit der Landesregierung mit der neuen Reichsregierung. Wie sehr die Deutschnationalen sich um ihre Regierung bemühen, geht daraus hervor, daß sie über die deutsche Botschaft in Paris bereits Fühlung genommen und verhandelt haben.

Macdonalds Unterhausfieg.

Die Liberalen stellen eine „Galgenfrist“. — Macdonald beantwortet die Herausforderung der Konservativen mit der Ankündigung eventueller Neuwahlen.

London, 30. Mai. (NR.) Macdonald erklärte in seiner gestern abend im Unterhause gehaltenen Rede, in welcher er die Politik der Regierung in der Arbeitslosenfrage verteidigte; der größte Beitrag zur Lösung der Arbeitslosigkeit bestünde darin, wenn er in der Außenpolitik das, was er wollte, tun könnte. Das einzige tatsächliche und gesunde Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit ist die Rückkehr zu normalen Verhältnissen im Handelsverkehr. Der Premierminister macht Mit-

teilungen aus einer Statistik, die er sich zusammenstellen ließ, und erklärt, daß die Arbeitslosigkeit in der Maschinen-, der Schiffs- und der Baumwollindustrie weit fühlbarer ist als in anderen Zweigen. Und gerade die Schiffs- und Maschinenindustrie hätten von der Rückkehr zu normalen Verhältnissen den größten Gewinn.

In Besprechung der verschiedenen Pläne zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit machte der Premierminister darauf aufmerksam, daß die letzte konservative Regierung Pläne ankündigte, welche

einen Aufwand von 100 Millionen Pfund erfordern würden. Als die gegenwärtige Regierung ans Ruder kam, fand sie einen großen Organismus in Tätigkeit, welcher diese 100 Millionen verdauen sollte. Ende März d. J. waren aber nicht mehr als eine Viertel Million Pfund ausgegeben. Es wäre lächerlich, zu erwarten, daß die erst vier Monate im Amt befindliche Regierung anfangen könne, diese Pläne in so kurzer Zeit durchzuführen. Es müssen Forschungsarbeiten in der Frage der Wasserenergie vorgenommen werden, es muß die Frage der Expropriation der erforderlichen Grundstücke studiert und es müssen schließlich dem Parlament die betreffenden Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

Schließlich erklärte Macdonald, daß die ganze Schuld an der unfruchtbaren Politik in der Arbeitslosenfrage auf jene Abgeordneten fallen müßte, welche heute nachts gegen ihn stimmen würden. Wenn die Opposition der Ansicht ist, daß sie durch eine Änderung der Regierung oder durch allgemeine Wahlen Europa, dem eigenen Lande und eventuell auch sich selbst nütze, möge sie uns heute nur stützen. Wenn Sie dem Arbeitsminister und damit dem gesamten Kabinett Ihre Mißtrauen ausdrücken, versichere ich Sie, daß ich mit allen Kräften bestrebt sein werde, mich Ihnen auf dem Wahlkampfe gegenüberzustellen.

Der Führer der Liberalen, Asquith, sprach seine Befriedigung darüber aus, wie der Premierminister das Regierungsprogramm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit entwickelt habe. Wenn es lediglich bei dem vor einer Woche vom Arbeitsminister abgegebenen Erklärungen geblieben wäre, hätte sich Asquith verpflichtet gefühlt, für den Mißtrauensantrag zu stimmen. Es werde noch eine weitere Klarstellung erforderlich sein, bevor die liberale Partei vollkommen zufriedengestellt sein wird, die von Macdonald entwickelten Pläne aber sind geradezu ausgezeichnet. Schließlich bemerkte Asquith, daß ihn eine lange Erfahrung Gebundenes gelehrt habe, und fügte hinzu: „Ich bin bereit, der Regierung ein wenig mehr Zeit zu gewähren.“

Baldwin richtete einen heftigen Angriff gegen die Regierung, da sie ihr während der Wahlen den arbeitenden Massen gegebenes Versprechen gebrochen habe. Er sagte, die Konservativen seien zu Neuwahlen bereit, welchen Zeitpunkt Macdonald immer wähle.

Chambers erklärte, wenn Neuwahlen kämen, würde die Arbeiterpartei die Mehrheit erhalten.

Darauf wurde, wie berichtet, der konservative Antrag auf Herabsetzung des Gehaltes des Arbeitsministers mit 300 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Die Beratungen über den Etat des Arbeitsministeriums wurden auf unbestimmte Zeit vertagt.

entwürdigenden Aufgabe, die ihnen in immer erhöhterem Maße innerhalb der Koalition zugebilligt wird, wohl schon aufzudämmern. Deutschland hat sich dies auf dem Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie in Mährisch-Ostrow gezeigt, wo der Genosse Dr. Weizner verbittert von der Ausperrung sprach, mit der seine Partei bisher dem Koalitionsgedanken gedient hat. Leider ist bei den tschechischen Sozialdemokraten die Erkenntnis noch immer nur eine halbe geblieben. Sie begreifen, daß sie der Koalition ihre Popularität in der Tschechoslowakei aufopfert haben, sie sehen, daß den bürgerlichen Parteien die Staatsinteressen Sekuba sind, daß diese dem Staat und der Koalition nur insoweit die Treue halten, als darinnen ihren Profit und Nachhintergehen gebietet wird. Die tschechischen Sozialdemokraten werden sich auch immer mehr bewußt, daß diese von der reaktionären Bourgeoisie beherrschte Koalition der Arbeiterschaft nicht das geringste mehr zu bringen vermag, aber sie veräumen es noch immer, sich zu bestimmen, daß die Zeit immer näher rückt, wo sie den Weg dieser Koalition werden nehmen und den Zusammenschluß mit ihren Klassengenossen der anderen Nationen werden suchen müssen. Noch immer beherrscht die nationale Staatsideologie die tschechischen Sozialdemokraten; eine Ideologie, die sie der Koalition treuer und ergebener dienen läßt, als dies alle anderen der ihr angeschlossenen Parteien tun. Der Bourgeoisie fällt es nicht ein; selbst um des wirklichen Staatsinteresses und der Koalitionsinteressen wegen auf die Erfüllung ihrer egoi-

stischen Forderungen zu verzichten. Die Reiche, Verzicht zu leisten und Opfer zu bringen, ist stets nur an den tschechischen Sozialdemokraten.

Dabei merken diese nicht, wie sie auf Sand bauen, da sie fünf Jahre hindurch ihre ganze Rechnung auf die allnationale Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien gesetzt haben. Der Koalition liegt der Gedanke der Aufrechterhaltung der Tschechoslowakischen Republik als eines „nationalen“ Staates zu Grunde, eine Fiktion, die der Entwicklung hinderlich war und die es schließlich nicht verhindern konnte, daß die Basis der allnationalen Koalition eine immer kleinere wurde. Wenn die Selbstsucht der bürgerlichen Parteien heute oder morgen die Koalition zur Sprengung bringt, so ist infolge der vorhererenden Wirkungen, die ihre Wirksamkeit hervorgerufen hat, weit und breit nichts zu sehen, was dauernd an ihre Stelle gesetzt werden könnte. Die Ausichtslosigkeit, eine andere Regierung im Staate bilden zu können, als es die allnationale ist, erachten die tschechischen Sozialdemokraten noch immer als schwerste und ureigenste Sorge, und übersehen, daß die bürgerlichen Parteien sich darob, wie der bürgerliche Klassenstaat weiter zu regieren ist, weit weniger Sorge machen, als sie. Sie opfern lieber die heute mehr als je notwendige Einheit des internationalen Proletariats dem nationalen Staatsgedanken, als daß sie die Sorge für den Klassenstaat der Bourgeoisie aufheben hätten. Sie bilden sich trotz aller Erfahrungen noch weiter ein, daß die tschechische Sozialdemokratie, nur wenn sie in der Regierung steht, Einfluß im Staate

besitzen kann, obwohl es längst umgekehrt ist und obwohl die tschechischen Sozialdemokraten um so einflußloser und mißachteter werden müßten, je weniger sie in den Reihen der tschechischen Arbeiterschaft festen Fuß hatten.

Wir sagen das alles nicht, um den tschechischen Sozialdemokraten alte Fehler vorzuwerfen. Was uns bewegt, das ist die Sorge um das Schicksal der Arbeiterklasse in diesem Staate. Welche Früchte die Selbstentäußerung der tschechischen Sozialdemokraten im Dienste der Staatsideologie zeitigt hat, müssen sie wohl oder übel nun selbst erkennen. Es knistert bedenklich im Gebäude der Koalition. Immer klarer wird es, daß diese Koalition nur insoweit Bestand haben wird, als die tschechischen Sozialdemokraten sich als Vorspann für die Erfüllung der selbstsüchtigen Wünsche der bürgerlichen Parteien mißbrauchen lassen. Die Zumutungen werden immer ärger, drückender und entwürdigender. Die Vorgänge der letzten Tage sind ein mahnendes Memento. Wollen wirklich die tschechischen Sozialdemokraten warten, bis sie von ihren Verbündeten als überflüssig wie eine ausgepreßte Zitrone weggeworfen werden? Selbstbefinnung tut not! Wir wollen nicht bitter werden, wenn wir heute die Früchte der Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokraten heranziehen sehen, denn wir vergessen nicht, daß schließlich trotz allem unser Ziel die Wiedervereinigung, die Errichtung der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sein muß. Daran sollten aber endlich auch die tschechischen Sozialdemokraten, da die zwölfte Stunde naht, zu denken beginnen!

Die italienische Thronrede.

Von unserem italienischen Korrespondent.

Obwohl das Hauptinteresse bei der diesmaligen Eröffnung der Legislaturperiode sich dem äußeren Gepränge zuwendete, dem der Faschismus den heute üblichen kaiserlichen Prunk verliehen hat, war man doch auch von verschiedenen Seiten neugierig, zu erfahren, was Mussolini den König sagen lassen würde. Eine Regierung, die die Diktatur, die rechtliche und politische Ungleichheit der Bürger, das Recht des Stärkeren, der bewaffneten Minderheit in Worten verherrlicht und in Taten verwirklicht hat, mußte, meinte man, die Thronrede auf einen anderen Ton abstimmen, als ihre Vorgänger. Wer so dachte, der hat sich gründlich geirrt. Die heutige Thronrede hätte auch zu Giolittis oder Bonomis Zeiten gehalten werden können. Die Eintracht wird als Grundlage jedes Kulturfortschrittes gepriesen; die Friedfertigkeit nach außen wird betont, eine Politik besonderer Fürsorge für die arbeitenden Massen in Aussicht gestellt, Sicherstellung der Tarifverträge, Ausbau der Arbeiterversicherung, Begünstigung und Förderung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, und sogar eine, wenn auch in etwas ferne Zukunft verlegte Verminderung des Steuerdrucks. Speziell faschistische Einschläge hat man dem König nur drei zugeworfen: er hat der faschistischen Miliz den dankbaren Gruß des Volkes und der Regierung entboten, hat die neue Periode des nationalen Lebens bezeichnet „nicht als Ergebnis vorübergehender Kombinationen, aber als Ausdruck einer geschichtlichen Phase von großer Wichtigkeit und Bedeutung“ und hat schließlich, was jetzt das modernste ist, zwischen „der wahren Freiheit“ die das Volk will, unterschieden, und ihrer Entartung, die das Volk verworfen hat.

So bestätigt die Thronrede eine Tendenz, die sich langsam aber unaufhaltsam zur Geltung bringt: die Anpassung des Faschismus an das politische Milieu, das er vorgefunden hat und dessen Umgestaltung anfangs sein vornehmster Programm war. Diese Anpassung erfolgt natürlich von oben herab, von denen, die heute zur Macht gelangt sind, während von unten auf der Sturm und Drang fortdauert, der den Weg zur Macht bahnte und für den die Angelandten, die „Partecipi“, keine Verantwortung mehr haben. Man muß schon anerkennen, daß Mussolini ein Politiker ist, der den geeigneten Augenblick zu wählen weiß. Der Urschismus der ersten Monate nach der Besitzergreifung hätte eine solche Thronrede nicht vertragen. Nicht umsonst hat Mussolini allen Abgeordneten der Mehrheit den Frack vorgeschrieben; der Frack zum heutigen Faschismus besser als das Schwarzhemd, wenigstens bei denen, die es bis zum Parlamentsmandat gebracht haben. Dieser Anpassungsprozess des Faschismus, bei dem das Alte das Neue verschlingt, die gepriesene Dynamik die Stabilität, das gemächliche Schlagmischen in der alten Wohnung, die geplante Demolierung und den Wiederaufbau, findet seinen Führer und seinen Theoretiker in Mussolini, genau wie es vor zwei Jahren der faschistische Sturm und Drang fand. Psychologisch darf das nicht weiter verwundert: wer sich in wenigen Jahren vom Blanquistischen Sozialisten zum Faschisten entwickelt hat, für den darf auch die weitere Entwicklung zu einer Regierungsauffassung nach dem Vorbild Giolittis nicht schwer sein. Schwer ist es dagegen, eine große chaotische Bewegung, wie es der Faschismus der ersten Jahre war, um das zu pressen, was ihm dunkel als Ziel vorschwebte: um eine Sanierung des politischen Lebens, sei es auch im Sinne eines absoluten, väterlichen Regimes. Für viele — und es waren wahrhaftig nicht die schlechtesten — bedeutete der Faschismus unprä-

zisch die Befreiung von der Klientelwirtschaft, von dem System persönlicher Verbindlichkeiten, das unter Giolitti seine höchste Vollendung erreicht hatte. Der heutige, zur Macht gelangte Faschismus rückt aber immer enger an den Giolittismus heran; er hat nicht das alte System überwunden, sondern ist von ihm überwunden worden.

Aber natürlich ist es nicht der Giolittismus schlechthin, zu dem man zurückkehrt, sondern ein Ausbau dieses Systems nach den Bedürfnissen einer Persönlichkeit, die an die Macht weit höhere Ansprüche stellt, als der greife piemontesische Staatsmann. Giolitti war Jahrzehntlang fast unumschränkter Herr in Italien und hielt fast alle Fäden des öffentlichen Lebens in seiner Hand. Aber welche Schlichtheit des äußeren Lebens, welches Zurücktreten der Persönlichkeit, welche stolze Ablehnung jeder Schaustellung! Giolitti reiste in einem reservierten Coupé erster Klasse, Mussolini reist im Extrazug mit großem Gefolge oder auf einem Panzerschiff, das kleinere Kriegsschiffe begleitet. Unter Giolittis Fittichen sind viele reich geworden; er selbst ist in seinen bescheidenen bürgerlichen Verhältnissen geblieben. Aber eines haben Beide gemein: eine auf Menschenverachtung begründete Macht über Menschen. Und diese sehen wir heute bei Mussolini im Dienste eines krankhaften Bedürfnisses der Erhebung und Ueberhebung seiner Persönlichkeit.

Vor wenig mehr als einem Monat fing man an, Mussolini zum Ehrenbürger vieler Städte und Gemeinden Italiens zu ernennen. Schon über 300 Städte dürften es sein, die ihn zum Ehrenbürger gemacht haben. Auf Drängen der Faschisten wurde unlängst die Stadtverwaltung von Genua aufgelöst, und das erste, was der zur internalen Verwaltung ernannte königliche Kommissär zu tun für richtig fand, war die Ernennung Mussolinis zum Ehrenbürger. Es war geradezu eine Epidemie geworden! Nun ist man dahinter gekommen, daß die Präfekten, die Regierungsvertreter der Provinz, die Bürgermeister und Kommissäre aufgefordert haben, diese Ernennung zu betreiben. Da die nicht faschistischen Stadtverwaltungen aufgelöst sind und faschistische Kommissäre diese Städte verwalten, geht das Geschäft der Ehrenbürgerschaft natürlich sehr flott. Und es ist sicher ein Zeichen von Jugendlichkeit, das ihm der alte Giolitti nicht einmal vor 50 Jahren hätte nachtun können, daß Mussolini an solchen Spielereien eine Freude hat.

Bei dieser Veranlagung ist es nicht eben leicht, sich mit der demokratischen Einfachheit abzufinden, die wohl in keinem Lande so weit vorgeschritten war, wie gerade in Italien, wo wirklich das Vorurteil der Geburt fast ganz überwunden war. Trotzdem orientiert sich der Mussolini neuerdings krampfhaft nach links, wenigstens in den Interviews, die er ausländischen Korrespondenten gewährt. So hat er dem Berichterstatter der „Times“ und der „Chicago Daily News“ viele demokratische Erklärungen abgegeben; das gleiche Recht für alle gilt ihm als Grundlage des Staates. Ihn als Arbeiterfreund zu schildern, wäre einfach grotesk. Aristokrat wäre er nur insofern er an eine hohe Moral und hohe Kultur glaubt. Dann heißt es wörtlich (in dem Interview mit dem amerikanischen Blatte): „Die Aristokratie des Faschismus ist die des Geistes, der Ordnung, des Gesetzes gegenüber dem Tumult der Instinkte und Leidenschaften“. Es wird wohl allezeit merkwürdig bleiben, daß sich gerade eine solche Aristokratie mit Knüttel, Revolver und Nixmusöl hat durchsetzen müssen!

Neben diesen immerhin bemerkenswerten Zugeständnissen an die öffentliche Meinung des Auslandes haben wir auch in den zahllosen für innerlichen Gebrauch bestimmten Reden des Ministerpräsidenten Erklärungen großer Arbeiterfreund-

lichkeit, so die Mahnung an die Unternehmer, die er bei der Einweihung des Kongresses der faschistischen Arbeiterkorporationen aussprach, die vom Faschismus hergestellte Disziplin der Arbeit nicht zum Unternehmervorteil auszunützen.

Gerade dieses heutige Umwerben der Arbeiterkraft muß sich auf das Gebiet der Phrasen beschränken. Man hat die Gewerkschaften zerstört, das Streikrecht praktisch aufgehoben, hat sogar den Unternehmern die Entlassung der Mitarbeiter zur Pflicht gemacht. Wenn man nun heute ein Regime der Billigkeit einführen will, indem man den Unternehmern, denen man den Segner entworfen hat, ins Gewissen redet und an ihre väterländischen Gefühle appelliert, so lockt man damit keinen Hund vom Ofen. Mussolini sagt, der Faschismus ließe den Klassenkampf als Ausnahme gelten, während der Sozialismus ihn als Regel betrachte. Aber der Klassenkampf kümmert sich sehr wenig darum, in welcher Form wir ihn gelten lassen: er ist als Tatsache da. Das beweist am besten die heutige Sorge Mussolinis vor Uebergriffen des Kapitals, nun die Arbeiter wehrlos zu Boden getrieben sind. Er möchte eine gutgesinnte, maßvolle Unternehmerklasse haben ohne ein organisiertes Proletariat, das den Unternehmern eventuell Maß und gute Bestimmung aufzuzwingen imstande wäre. Die Potemkinschen Dörfer seiner Korporationen, deren Führer ihnen von oben aufgezungen werden, sind eben dazu nicht imstande. Da nützen die Machtworte des Heerführers

nicht, so wenig wie sie bei dem innern Zwist in der Partei nützen. Wohl hat er der Diskussion plötzlich einen Maulkorb umgehängt, so daß die ganze Diskussion schweigt. Dann hat er den Hauptunruhestifter, den Abgeordneten Rocca aus der Partei ausgeschlossen lassen, wobei sich eine recht lehrreiche Episode ereignete. Rocca erklärte schon vor dem Ausschluß, er werde alle die Stellen niederlegen, die er seiner Eigenschaft als Faschist zu danken hatte, und es stellte sich heraus, daß er — ein Hochschullehrer der Handelswissenschaft — für drei Ämter in industriellen Unternehmungen insgesamt 200.000 Lire im Jahre (rund 2000 englische Pfund) bezog. Man sieht daraus, daß der Faschismus seine Leute nicht eben schlecht und kleinbürgerlich behandelte. Die dem Finanzminister durch Rocca und durch andere vorgeworfenen Uebergriffe sind durch ein offizielles Kommuniqué dementiert worden. Rocca, der geschrieben hatte, der Faschismus drohte, Italien ganz den Unternehmern zu verkaufen, wurde am Tage nach seinem Ausschluß auf der Strafe angefallen, ohne aber ernstlich verletzt zu werden. Seitdem läßt die Regierung — wie taktvoll — seine Wohnung von Wehrmännern der faschistischen Miliz bewachen. Es ist wirklich idyllisch, in Leuten derselben Uniform gleichzeitig die Angreifer und die geschlichen Schützer zu finden. Offenbar bricht heute für Italien eine Ära herein, die es seit dem Ständesfall nicht mehr gab und in der Stamm und Stöwe friedlich nebeneinander leben.

Das Inkompatibilitätsgesetz an das Abgeordnetenhaus rückverwiesen.

Prag, 30. Mai. Um den Schein seiner Deckschere zu wahren, hat der Senat in seiner heutigen Sitzung das Gesetz über die Unvereinbarkeit der Funktion eines Volksvertreters mit einer wirtschaftlich erwerbstätigen Stellung an das Abgeordnetenhaus rückverwiesen. Der Senat hat aber nicht sachlich grundlegende Änderungen vorgenommen, sondern nur Änderungen, die seinem verletzten „Prestige“ Gemüge tun sollen. Diese formalen Änderungen wurden in namentlicher Abstimmung vorgenommen und erfolgten mit 104 Stimmen, also mit den Stimmen aller antwortenden Senatoren.

Außer den Referenten sprachen nur deutsche Redner, die sämtlich betonten, — und man muß feststellen, daß in diesen Tönen auch der nationalsozialistische Redner einstimmt — daß einzig die Kontrolle der Minderheiten, sowohl in der Verwaltung als auch in der Regierung, der Korruption steuern könnte.

Selbstverständlich streiften alle deutschen Redner auch das neueste Auftreten Pradesks, von dem man behaupten kann, daß es den Deutschbürgerlichen nicht ganz unsympathisch gewesen ist. Dr. Hilgenreiner insbesondere empörte sich darüber, daß man eine „grüne“ Rede Pradesks zensurieren wollte, während man die „roten“ Reden Tomadels ungehindert durchließ. Da die tschechischen Koalitionsklubs sich zum Auftreten Pradesks äußern durften, fanden die deutschen Redner auch viele Zuhörer in den Reihen der tschechischen Parteien. Eine längere Rede hielt Genosse Dr. Heller, dessen Ausführungen insbesondere an jenen Stellen nicht ganz ohne Eindruck blieben, in denen er sich an die tschechischen sozialistischen Parteien wandte und ihnen die Folgen des Terrorgesetzes und des Schutzgesetzes vor Augen hielt. Gegenüber der Parole Pradesks

zur Sammlung aller reaktionären Elemente in diesem Staate gab Dr. Heller die Parole zur Sammlung aller sozialistischen Elemente im Staate aus. Wir bringen seine Rede an anderer Stelle und geben anbei die charakteristischen Stellen aus den Reden der Deutschbürgerlichen wieder.

Dr. Spiegel (Deutschdemokrat): Es wäre ein schönes Relief zu dem 40. Geburtstag des Minister Dr. Benes gewesen, wenn man der Welt hätte vorführen können, wie einig die Koalition ist, und wie verfehlt die deutsche Opposition ist, wenn sie auf den Zerfall der Koalition hofft. Aber da ist ein Regieschleier geschoben und Pradel hat durch seine Rede die Einigkeit gestört. Was er hier vorgebracht hat, ist kein Ruhmesblatt für die Koalition, für das tschechische Volk und seine Höhe, für den Demokratismus und Parlamentarismus. Ex praesidio wurde hier zwischen Verfassungs- und Taktfragen unterschieden. Wir haben gehört, daß der Versuch unternommen wurde, die Rede Pradesks am 28. Oktober v. J. zu zensurieren. Von wem? Mit welchem Recht? Es wurde gesagt, der Vorsitzende des Senates habe da seiner Privatmeinung Ausdruck gegeben. Tomadel habe links gesprochen, daher habe Pradel rechts gesprochen. Meiner Ansicht nach ist der Präsident mit den Parteien inkompatibel und hat, wenn er als Präsident eines Hauses spricht, überhaupt nicht den Parteimann hervorzuführen. Man hält sich eben bei uns im Verkehr zwischen dem Staatsoberhaupt und dem Parlament nicht an die in Betracht zu kommende Formel. Es ist überall dieselbe Erscheinung, es geht alles auf der Hintertreppe vor sich. Es gibt keinen offenen und ehr-

Die kleine Lotte.

Roman von Simone Bobbe. (8)

(Copyright by Interterritorialer Verlag „Renaissance“, Wien.)

Aber sie ist viel gleichgültiger als Lotte. Sie ist viel sanfter und gleichgültiger als Lotte. Sie ist auch sehr kurzschichtig und trägt Brillen. Lotte beschließt sie, liest ihr das Geschriebene von der Tafel ab, wenn sie es nicht lesen kann oder die Lehrerin es zu schnell ausliest.

Rachels Eltern haben kein Geschäft. Lotte verachtet sie deshalb ein wenig. Der Vater ist Schweißer, die Mutter Bedienerin. Sonntag und Donnerstag treffen wir oft Rachel auf dem Boulevard mit einem Haufen Kinder, sagen die Großen angewidert. „Solche Leute, arm wie sie sind, haben immer Haufen von Kindern.“ In Wirklichkeit sind es nur drei kleine Schweifern von fünf, sieben und acht Jahren. Manchmal gehen Lotte und Mimi mit ihnen spielen. Sie spielen „Besteckchen oder „Wolff, willst du mich?“

Immerfort werden Lotte und Rachel für einander bestraft. Man verlegt Rachel in eine andere Klasse, schickt Lotte zur Oberlehrerin. Sie ist eine gute Frau, immer auf Verschönerung bedacht. Empfängt das kleine Mädchen mit einem Lächeln.

„Da bist du ja wieder. Komm mal her, sei brav, lies etwas.“ Ein anderes Mal schickt sie sie in den Garten. Strafe wird zur Belohnung. Lotte liebt die Oberlehrerin. Sie hat ihr „Die französische Revolution“ von Louis Blanc geliehen. Während der Pause lesen Lotte und Rachel zusammen. Mademoiselle Collon erblickt sie, will sie trennen. Das Kind kreuzt die Arme über die Brust:

„Mit welchem Recht? Wir sind frei.“

Rachel zeichnet wunderschön. Lotte hat es nicht erlernen können, einen Bleistift richtig zu halten. So macht in der Stunde Rachel die Zeichnung für Lotte. Zwar hat man die kleinen Mädchen absichtlich weit voneinander gesetzt. Aber sie sind doch im Einvernehmen. Mademoiselle Collon kann es einfach nicht verstehen: „Satans Schlaubheit grenzt ans Wunderbare.“ Als sie Rachel dabei ertappt, wie sie eine zweite Zeichnung anfertigt, bemißt sie sich sehr, ein Beständnis zu erpressen. Vergeblich. Rachel liebt sie lieber in ganz kleine Stücke hauen, als ihre Freundin zu verraten. Mademoiselle Collon verachtet das Sprichwort, daß man im Zweifel sich der Entscheidung lieber enthalten solle. Sie straft unentwegt. All ihre Gerechtigkeitsinstinkte sind in Aufruhr. Sie wird krank, noch gelber und Lotte ist entzündet, ihre Lehrerin so auf frischer Tat der Ungerechtigkeit ertappen zu können. „Warum strafst sie, wenn sie doch nichts weiß?“ Und geht mit freier Stirn, hochgehobenen Hauptes zur Oberlehrerin, wie jene Märtyrer, von denen Mademoiselle Collon immer spricht. Manchmal singt sie auch aus Leibesträften das „Lied der Girondisten“.

Die arme Rachel ist nicht immer sauber gewaschen. Mademoiselle Collon sagt es einmal dem Vater. Der ist ein armer Mann, holt sie nur selten ab. Er antwortet:

„Ich werde es meinem Frau sagen.“

Alle lachen, und eine nach der anderen fragt Rachel dann:

„Wie geht es dem Frau deines Vaters?“

Seitdem nennt man Rachel auch die Preufin. Nur dieses Wort hat die Raubkraft, sie aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen. Sie stürzt sich auf die Beleidigerin, Lotte eilt ihr zu Hilfe. Der Kampf wird allgemein. Man wirft Lotte vor, das Völkerecht zu mißachten. Schmeibert sie doch alles, sogar die Tintenfassler, in die Luft. (So überflutet sie die Schürze einer Wäscherin

und das Kleid von Mademoiselle.) Sie bekommt einen Brief an ihre Eltern mit. Vater liest, zerreißt ihn, sagt nur:

„Naß auf. Diese Rachel ist eine Jüdin, sie wird dich ausnützen.“

So lebt Lotte und ist sehr mit sich zufrieden. Fast aber hätte sie etwas Böses begangen, hätte die arme Rachel um einer Großen willen in Stich gelassen: Luise Sarah Haag. Die feinerzeit Blanche Frene trägt auch Luise Sarah Haag weiße Kragen, außerdem hat sie Lackstübe und über ihrer glänzend-schwarzen Satinschürze einen Gürtel aus gelbem Leder. Ihr Hut ist mit einem himmelblauen Band geschmückt und ein Dienstmädchen bringt sie, holt sie ab, respektvoll immer einige Schritte hinter ihr, trägt ihr die Schultasche.

Sie ist Jüdin, aber christlich erzogen, will, daß man sie Luise und nicht Sarah nennt, was doch ihr wirklicher Name ist. Mademoiselle Collon behandelt sie gut, schant sie aber böse an. Ihre Eltern sind Fuhrerhändler, besitzen ein Landhaus in Fontainebleau. Noch vor Beginn der Ferien soll Luise hinfahren. Sie ist gewöhnt, alles zu tun, was sie will. „Die Schule wird nur von den Reichen gegahlt, muß ihnen auch zu Willen sein“, meint sie.

Ihr revolutionäres Gebaren begeistert Lotte, verleitet sie, fortan auch prahlerisch zu werden, Sand in die Augen zu streuen. Nichts bringt diese Fehler mehr zur Entfaltung als das Schulleben. Bisher hat ihre Armut Lotte davon bewahrt. Nun beginnt sie, weiß selbst nicht warum, zu erzählen, auch sie habe ein Landhaus, werde die Schule vor Schluß verlassen, möge die Leiterin sagen, was sie wolle. Es wird Mademoiselle Collon hinterbracht, sie verlangt Aufklärung, Lotte bestätigt ihre Aussage. Die Oberlehrerin läßt ihr ein Buch übergeben, damit sie nicht des Preisens verlustig werde, den ihre Aufsätze ihr eingetragen.

Lotte empfängt ihn, erkaunt, etwas beschämt. Die Tage vergehen, sie reißt nicht ab. Mademoiselle Collon hält eine lange Standpredigt über die Lüge und die kleinen Mädchen, welche Gesellschaften erzählen, um Preise zu erhalten, die sie, wie sie wohl wissen, nicht verdienen. Lotte wird zur Oberlehrerin gerufen, gesteht ihr Vorgehen. Aber die gute Frau will das Buch nicht wieder nehmen. Begnügt sich, zu sagen, ihre kleine Freundin habe sie sehr gekränkt. Mademoiselle Collon findet es nötig, die Strafe zu erschweren. Läßt die Mutter holen, erzählt ihr das Geschehene.

Lise haßt die Schule, Lehrerinnen und Bücher. Aber sie ist im Innersten verlegt, zu erfahren, daß ihre ältere Tochter böse Instinkte habe, die durch die Erziehung zu Hause nur gefördert werden. Sie weiß nicht recht was erwidern, und träumt von einer exemplarischen Strafe für Lotte, wie sie die Klosterchwestern zu erfinden wußten, die sie selbst so gut erzogen hatten: täglich, einen Monat lang, eine Stunde knien; eine Tafel mit beschämender Aufschrift um den Hals gehängt, spazieren gehen. Charles wird um Rat gefragt. Bestimmt, daß man Lotte der Selbstbetrachtung überlassen solle. Eine fürchterliche Strafe. Am Abend, nach dem Essen liest er den „Lezten Tag eines zum Tode Verurteilten“. Er wartet das Ende des Schnupfens ab, den er sich zugesogen haben will, als er im Rauch in das Bassin der Tuilerien fiel.

Jeden Abend bleibt nun Lotte im Speisezimmer, ohne Licht. Mimi schickt man spielen, aber sie kann nicht allein spielen. Traurig setzt sie sich auf eine Treppenstufe an der gegenüberliegenden Seite des Hofes und betrachtet das Fenster, an dem Lotte steht.

(Fortsetzung folgt.)

lichen parlamentarischen Kampf in diesem Staate. Wenn dieser Zustand fortdauert, kann man aber auch nicht annehmen, daß das Inkompatibilitäts-gesetz Abhilfe bringen wird. Offenheit und Gerechtigkeit allein sind es, die dem Staate nützen können.

Jesser (d. Nat.-Soz.): Solange Sie, meine Herren, das jetzige System nicht ändern und aus dem Nationalstaat das machen, was er ist, ein Staat der Nationalitäten, solange Sie die Minderheiten nicht zur Kontrolle heranziehen, werden bei uns die Korruptionsaffären nicht aufhören.

Agentur (d. Chr.-Soz.) sagt, daß man die Skandalaffären dadurch zu beseitigen versucht, daß man die Ankläger mundtot macht, wie dies die Preßgesetznovelle darthut. Das Inkompatibilitäts-gesetz in seiner Tendenz begrüßt Redner von ganzem Herzen. Es fragt sich nur, ob das Gesetz der Grundtendenz auch wirklich entspricht. Und in dieser Hinsicht hegt Redner Zweifel, die er bei Besprechung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes zum Ausdruck bringt. Im übrigen wäre solange nichts geändert, solange die Koalition untereinander bleiben muß. Koalitionen müssen sein bei einem proportionalen Wahlsystem. Aber

schädlich ist für einen Staat, wenn es nur eine Mehrheit geben kann.

Spiegl (W. d. Ldw.): Die Vorlage ist das Produkt eines Kompromisses zwischen denen, welche die Korruptionen ehrlich bekämpfen wollen und zwischen denen, denen es mit der Bekämpfung nicht so ernst ist. Dieses Gesetz wird wahrscheinlich seinen Zweck nicht erfüllen. Es gibt nur ein Mittel: Die anderen Nationen dieses Staates zur Regierung heranzuziehen.

Dr. Ledebur-Wicheln (d. Chr.-Soz.): Ich kenne das tschechische Volk viel zu gut, um nicht zu wissen, daß es in seinen Reihen zahllose Männer gibt, die sich immer gleich geblieben sind, welche die mit dem heutigen System nicht zufrieden sind und aufrichtig und ehrlich Frieden und Ordnung wünschen für alle, nicht nur für das Staatsvolk. Wenn diese Männer welche durch die heutige Koalition durch das jetzige System von ihrem früheren Einfluß ausgeschlossen sind wieder in das Parlament einbezogen würden, dann würde die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit nicht mehr möglich sein. Dann wäre auch vielleicht eine Verständigung der beiden Nationen möglich.

Damals war die Stunde da, in der der Senat keine Lebensbedingung hätte erweilen müssen, in der die Senatoren wenigstens hätten sagen müssen, ob sie bereit sind, die Ehre des Hauses, ihre persönliche Ehre, zu schützen oder nicht. Weil Sie damals ausnahmslos Einflüssen unterlegen sind, weil Sie damals diesen selbstverständlichen Antrag, den eigentlich nicht wir, den Sie hätten stellen sollen, abgelehnt haben, haben Sie die Stellung des Senats durch diese Ablehnung mehr untergraben als alle Reden der Opposition es jemals vermögen. Ueber alles muß uns jedem unsere persönliche Ehre geben und wenn ein Anwurf gegen die persönliche Ehre des Präsidenten unersetzbar erhoben wird, dann ist es unsere persönliche Pflicht und Schuldigkeit, diesen Anwurf zu unterbinden, oder, wenn er sich als berechtigt hinstellt, diesen Mann zu entfernen. Daß Sie das unterlassen haben, daß Sie das aus irgendwelchen politischen Gründen, aus Gründen der Koalition, nicht getan haben, war eine schwere Verfehlung, die Sie an dem Staate, die Sie auch am Senat und an sich selbst verübt haben. Wir wissen uns rein davon. Wir haben damals diesen Antrag gestellt, die Schuld trifft einzig und allein nur Sie, die Sie unseren Antrag abgelehnt haben.

Nun hat es Senator Prázel am Mittwoch für gut erachtet, hier eine Rede zu halten, die gleichzeitig eine Verteidigungsrede und eine Anklage war. In dem Teil, der eine Verteidigung war, hat er konstatiert, daß an der Spiritusaffäre nichts war und nicht ist. Das ist kein Beweis. Wenn Senator Prázel konstatiert hat, daß an der Spiritusaffäre nichts ist, konstatieren wir demgegenüber, daß er nicht das Geringste aufklärt hat. Er hat uns hier erzählt, daß drei Millionen Kronen für den Masaryk-Fond gegeben wurden — die Spitze dieser Behauptung liegt klar zutage! — Er hat erzählt, daß sechs Millionen Kronen für irgend eine landwirtschaftliche Anstalt in Prag gegeben wurden; er hat aber nichts davon erzählt, daß auch drei Millionen Kronen an eine Partei zur Sanierung eines Kinos gegeben wurden. Mag sein, das wissen wir nicht, als Darlehen, mag behaupten als Geschenk. Auch bei einem Darlehen habe ich mir erst den Darlehensgeber genau an. Aber ich will darüber gar nicht sprechen, sondern nur darüber, daß alle diese Ziffern, die er da aufgeführt hat, gar nichts beweisen. Mag sein, daß drei Millionen dem Masaryk-Fond gegeben wurden, mag sein, daß sechs Millionen an eine landwirtschaftliche Anstalt gegeben wurden. Was zu beweisen ist, ist, daß kein Geld zur Korruption politischer Parteien verwendet wurde. Dieser Beweis ist nur zu erbringen, entweder vor dem Gericht, dadurch daß Herr Senator Prázel die Zeitungen, welche ihn damals der Korruption beschuldigt haben, hätte zeigen müssen, oder dadurch, daß er sich einer Untersuchungskommission in diesem Hause unterworfen hätte.

Prázel hat aber nicht geloggt, er war es, der der Untersuchungskommission hier im Hause den größten Widerstand entgegengesetzt hat, und ich muß Ihnen sagen, daß sich damals, in jener Obmannkonferenz, als ich den Antrag auf Einsetzung der Untersuchungskommission anfündigte, und als der Präsident des Hauses, gegen den sich die Vorwürfe richteten, erklärte, er wolle diese Kommission nicht, meiner ein Gefühl der Niedergeschlagenheit bemächtigte, darüber, daß einer, dem solche Dinge vorgeworfen werden, sich dagegen wehrt, daß sie untersucht werden. Ja, ist es denn nicht selbstverständlich, daß jeder Politiker — es braucht ja gar kein Mitglied dieses Hauses zu sein — alles tut, um nachzuweisen, daß die Vorwürfe un wahr sind. Herr Senator Prázel ist jedem solchen Erluchen vom ersten Tage bis zum heutigen Tage mit voller Konsequenz ausgewichen. Er hat uns noch am Mittwoch erklärt, daß er zu hoch steht, um sich einer solchen Untersuchungskommission zu unterwerfen. Ob gerade Herr Senator Prázel derjenige ist, der eine solche Behauptung aufstellen kann, möchte ich Ihrer Beurteilung überlassen. Wenn Herr Prázel glaubt, daß mit seiner neuerlichen Erklärung, es sei keine Korruption gewesen, die Sache erledigt ist, irrt er sich. Es muß volle Klarheit in dieser Sache geschaffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob es einzelnen paßt oder nicht, und früher kann keine Ruhe eintreten, bevor nicht diese Angelegenheit durchsichtig ist. Bis dahin müssen wir den Widerstand des Herrn Senators Prázel gegen eine Aufklärung der Angelegenheit in aller Öffentlichkeit als ein Schuldbekenntnis des Herrn Senators ansehen. (Lebhafte Beifall.)

Herr Senator Prázel hat sich in seiner Rede am Mittwoch auch eine Erziehung geleistet, indem er nicht nur über die Spiritusaffäre sprach, sondern auch über andere Dinge, die ihn betroffen haben. Ich lasse die Rede des Herrn Senators Prázel in diesem zweiten Teile, den ich vorher als den anklagenden Teil bezeichnet habe, als den Anfang der realistischen Elemente dieses Staates zur Sammlung gegen die sozialistischen und fortschrittlichen Elemente auf. Er hat den Gegenstand zwischen „prádelci“, wie er sie genannt hat, und der „levici“, der Linken, markiert er in erster Linie die sozialistischen Parteien seiner Nation verurteilt, ganz deutlich herausgearbeitet und gelagt, daß er diese Sammlung wünscht. Wer sich die tschechische Presse in den letzten Tagen angesehen hat, der sieht schon, daß er ein ganz verständnisvolles Interesse auf Seiten dieser tschechischen bürgerlichen Presse findet. Sie finden kein Wort der Berärteilung dessen, was

Herr Senator Prázel hier nicht nur über die Spiritusaffäre, sondern über ganz andere Dinge und Personen gelagt hat. Ich habe in der tschechischen Presse nur ganz leise angedeutet geunden, daß er ein wenig unvorsichtig war. Ein direktes Wort der Verurteilung habe ich nicht gefunden, selbstverständlich ausgenommen in den sozialistischen Blättern. Das gibt manches zu denken. Wir müssen diesen Prozeß, der hier am Mittwoch eingeleitet wurde, nur freudig begrüßen; denn wir hoffen, daß er Klarheit in diesem Staate bringen wird, und daß er die Weltler wieder so schelden wird, wie sie immer hätten gelchelden sein müssen, nach Weltanschauungen, nach Prinzipien, und nicht nach einzelnen momentanen Erhebungen einer Koalition, die gerade herrscht. Wir begrüßen diese Sammlung der reaktionären Elemente und hoffen, daß ihr ebenfalls die Sammlung der sozialistischen Elemente in diesem Staate folgen wird. (Lebhafte Beifall.)

Das Kind und der Sozialismus.

Der Sozialismus im allgemeinen und der Marxismus im besonderen sind bekanntlich tot; man tot. Trotzdem aber beweisen sie jene Kraft, die sonst nur den lebendigen Ideen innewohnt; daß sie immer neue Gebiete des Daseins in ihren Kreis ziehen, sie mit ihrem Geist durchdringen und von Grund auf umgestalten. Wer die Kultur der Gegenwart mit tiefreichendem Blick betrachtet, muß erkennen, wie der Sozialismus in der Gestalt des Gemeinshaftsgedankens, Leben, Kunst und Wissenschaft neu zu formen begonnen hat und wie er nun auch bewußt dort einsetzt, wo alle Zukunft im Reine geboren ruht: beim Kinde. In dem Buch des Wiener Genossen Max Winter, das soeben unter dem Titel „Das Kind und der Sozialismus“ im Berliner Parteiverlag J. D. W. Deh erschienen ist, loht gerade zur rechten Zeit die verschiedenen sozialistischen Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugend-Aufzucht, Fürsorge- und Erziehung zusammen.

Der Sozialismus will und muß, sofern er den künftigen Generationen wirklich ein besseres Los bereiten soll, mit seiner pädagogischen Arbeit längst einsetzen, bevor das Kind geboren ist, im Schooß der Eltern bereitet sich das Schicksal des Nachwuchses vor. Deshalb bedarf das Mädchen schon einer Erziehung zur Mutterschaft, als Wissende soll sie sich mit dem Manne vereinigen, damit nicht eine Verbindung kranker ein krankes Kind hervorbringe und damit das Neugeborene jene Pflege und Behandlung erhalte, die eine gesunde Entwicklung des Körpers und des Geistes verbürgt. So selbstverständlich diese Forderungen klingen, so gewiß verlangen sie, um verwirklicht zu werden, einer Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und der herrschenden „Moral“. Denn die Mutter-schaftserziehung mühte der Vogel-Strauß, oder, besser gesagt, der Vogel-Strauß-Politik auf geschichtlichem Gebiete gründlich ein Ende setzen, die gewissenhafte Rücksicht auf die Gesundheit der Nachkommenschaft verlangt nicht nur ärztliche Beratung jener, welche die heilige Aufgabe der Elternschaft auf sich nehmen wollen, sondern auch unerbittlichen Kampf gegen Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose und Alkohol, und die Fürsorge für Schwangere und junge Mütter ist unentbehrlich innerhalb des Ausbeutungssystems, das heute arbeitende Frauen aller Berufe auszehrt. In Alkohol- und Vergnügungsstabil, Prostituten und Wohnungsminder, Profitwirtschaft und soziale Gewissenlosigkeit mühten befristet werden, um die Voraussetzungen für eine vernünftige Aufzucht zu schaffen; sie ist mit einem Worte nur in der sozialistischen Gesellschaft beschaffbar. Solange diese nicht heraufgeführt ist, wird auskündende Atemluft ein für die Arbeiterklasse unerfüllbarer Traum bleiben und der Würgengel der Tuberkulose nicht verschwinden; werden sich in einem engen, dampfen Raum bis zu zehn und fünfzehn Menschen verschiedenen Geschlechtes drängen und in einer dumpfen Minute der Sinnenlust über den Alkoholrausch, allem Wissen und allem Bewusstsein weitläufiger jenseits, von Minderwertigen kante Kinder erzeugt werden; wird, indes andere im Nebenflur schnelgen, das Brot für die Eltern und die Milch für die Säuglinge fehlen.

Schon im Säuglingsalter läßt die heutige Gesellschaft den jungen Menschen spüren, daß er dem Proletariate entstammt. Ueber ihm darf nicht, wie über dem Bürgerkind, den ganzen Tag lebend das Mutterauge wachen. Hat der natürlichen Muttermilch erhält es gegenwärtigen gesunde tschechischen Abzug, der den gefährlichen Darmkrankungen Vorzug bietet, über den Hunger muß ihm ein Lutscher hinwegzudenken und manchmal muß eine arme Mutter ihr Kleines, statt in Wänteln in Zeitungspapier wickeln. Und dennoch leidet die bürgerliche Gesellschaft der Erziehung von Behör- und Säuglingsanstalten hartnäckig Widerstand, die Subventionen werden das Verlangen der Arbeiterinnen, mehr oder dreimal während der Arbeitszeit auch Mutter sein und ihrem Kinde die Brust reichen zu dürfen, als heftiger Widerstand entgegen. Die Säuglinge des Proletariates werden als Erhaltungshäuser angelegen, als Anknüpfung auf das heilige Eigentum verkommen, und wenn die Kapitalisten der proletarischen Mutter etwas gestatten so höchstens dies, daß des eigenen als Kamma ein fremdes Kind zu säugen. Was heute nur die Arbeiter, bebroht mögen die Beamtinnen und Angestellten sein, denn die Proletarisierung des „Mittelstandes“ schreitet ja im Schritt vor-

Abrechnung mit Prázel.

Rede des Genossen Dr. Heller in der gestrigen Sitzung des Senats.

Alle Frühjahr, wenn die Schwärben von ihrem Winteraufenthalte zurückkehren, wundern sie sich über die Veränderungen, die im tschechischen Staate eintreten. Als sie im Vorjahre wiederkamen, fanden sie das Gesetz zum Schutze der Republik, als sie heuer wiederkamen, fanden sie ein neues Preßgesetz, ein Immunitätsgesetz, ein Inkompatibilitätsgesetz, eine Aenderung des Gesetzes über die Zusammensetzung und Kompetenz der Wahlgründe vor. Es sind niemals Aenderungen zum Besseren, sondern regelmäßig und ständig Aenderungen zum Schlechten, es ist immer und immer wieder das Verlassen der demokratischen Grundlage dieses Staates, es sind immer und immer wieder neue Konzessionen an die fortschreitende Reaktion.

Es ist auffallend, daß die Ursachen für die Vorlage reaktionärer Gesetze immer wieder bestimmte Ereignisse sind, die im Staate eintreten und nun den Vorwand geben, die Gesetzgebung zurückzuführen.

Diesmal sind es die Korruptionsaffären, welche dazu dienen, nunmehr auch das gedruckte Wort zu verbieten, nachdem man im Vorjahre mit dem Schutzgesetz das gesprochene Wort verboten hat.

Dabei bietet man der Bevölkerung etwas durch das in Verhandlung stehende Gesetz. Dieses Gesetz ist von vornherein jedes Inhaltes dadurch beraubt, daß der Presse jede Erörterung von Affären unmöglich ist. Das, was im ersten Absatz des § 1 als eigentlich selbstverständliches gesagt wird, wird entwertet durch den zweiten Absatz, der die Ausübung des Mandates sanktioniert. Wir beantragen daher die Streichung dieses zweiten Absatzes, erwarten aber nicht, daß der Senat diesen Antrag annehmen wird, denn dann würde er ein wirkliches Inkompatibilitäts-gesetz schaffen. Amüsant sind die Bestimmungen der §§ 6 und 7, welche sagen: „Du darfst nie mehr unentgeltlich für jemand intervenieren, nur muß die Bezahlung nach einem von der Behörde festgesetzten Tarife erfolgen.“ Die einzige klare Bestimmung trifft der § 8. Aber unserer Ansicht nach sollte er auf alle Abgeordneten und Senatoren nicht bloß auf die Vorstehenden beider Häuser, ausgedehnt werden. Ganz befreudlich ist die Milde, mit der das Gesetz gegen jene vorgeht, denen inkompatible Zustände nachgewiesen werden. Ich glaube, wenn es nachgewiesen ist, daß ein Mitglied der Nationalversammlung eine Inkompatibilität begangen hat, so mühte man ihm unter allen Umständen das Mandat entziehen.

Die „Lex Urbensky“ soll für die Zukunft für den Austritt aus der Koalition den Verlust des Mandates erleichtern, indem sie an Stelle der Worte „niedrig und unehrenhaft“ die Worte „niedrig oder unehrenhaft“ setzt. Daß man bei dieser Gelegenheit auch vier Botanten aus dem Stande der Berufsrichter einführt, entspricht ganz der Tendenz unserer Gesetzgebung. Ich bedauere es nur tief, daß

an einer solchen Gesetzgebung auch die tschechischen sozialistischen Parteien beteiligt sind.

Ich weiß nicht, ob die Erfahrungen, die seit dem Bestande der Republik mit diesen Spitzengesetzen gemacht haben, so ermunternd für die tschechischen sozialistischen Parteien sein können, daß sie auf dem einmal betretenen Wege weitergehen. Ich erinnere an die Folgen des Terrortgesetzes, das sie damals gleichfalls als Gelegenheitsgesetz gemacht haben und unter dessen Folgen nicht schwerer gelitten hat als gerade sie. Unter dem Deckmantel des Schutzgesetzes macht sich der Militarismus in diesem Senat breit. Unter dem Deckmantel des Schutzgesetzes haben wir um ähnliche Anklagen wegen Religionsstörung in Fällen erlebt, in denen es im alten Oesterreich niemals möglich gewesen wäre, Anklagen zu erheben. Trotz alledem wieder dieses neue Preßgesetz, das vor allem seine Anwendung gegen die sozialistischen Parteien dieses Staates finden wird.

Wenn wir uns fragen, wodurch es möglich wurde, von Jahr zu Jahr die Gesetzgebung in reaktionärer Richtung fortschreiten zu lassen, so müssen wir als das

Grundübel dieses Staates die bestehende Koalitionsregierung

betrachten und die Pötte, jene Oligarchie, welche diesen Staat in Wahrheit beherrscht. Denn die Vereinigung von Parteien mit einander vollständig widersprechenden Programmen, kann nichts anderes zeitigen, als den Sieg der Koalition, das Fortschreiten der Reaktion in diesem Staate. Letzten Endes ist die Koalition von Parteien mit einander durchaus widersprechenden Programmen, mit durchaus widersprechenden Grundfäden, ausschließlich schuld daran, und das Ergebnis kann kein anderes sein, als ein für die sozialistischen, für die fortschrittlichen Parteien des Staates sehr ungünstiges.

In Zusammenhang mit den Gesetzen, welche in diesen Tagen hier beschäftigen, ist sehr viel über die Stellung des Senates in diesem Staate gesprochen und geschrieben worden. Als eine Zeitlang die Mehrheitsparteien dieses Hauses Mähe machten, die Gesetze zu ändern, — insbesondere das Preßgesetz, das so bekanntlich den bürgerlichen Parteien der Koalition ganz besonders an Herz gewachsen ist, — wurde ihnen sofort mit der Auflösung des Hauses gedroht u. die tschechischen Blätter der Mehrheitsparteien haben die Frage aufgeworfen, ob denn der Senat überhaupt noch eine Lebensberechtigung hat oder nicht. Ich erachte die Aufwerfung dieser Frage als eine vollständig begründete. Wodurch in diesen wenigen Jahren das Ansehen des Senates so ungeheuer gelitten hat, läßt sich mit Leichtigkeit feststellen. Vor allem ist es die Haltung der Mehrheitsparteien in diesem Hause, welche seine Ueberflüssigkeit erwiesen hat. Wenn sich ein Haus als nichts anderes erweist, wie als eine Jagemaschine, wenn erst ein großer Lärm gemacht wird, daß man das Gesetz abändern, dann aber zurückweicht, wie Sie es dem Preßgesetz gegenüber getan haben, dann muß das Ansehen des Hauses untergraben werden, dann ist es nicht anders möglich, als daß in der Bevölkerung die Frage aufsteigt, wozu brauchen wir dieses Haus noch.

Um ja zu sagen, genügt ein Haus, sparen wir uns das Geld und schaffen wir den Senat ab. (Lebhafte Beifall.)

Wenn ein zweiter Umstand geeignet ist, das Ansehen des Senates in der Bevölkerung zu untergraben, dann ist es die Art, wie in diesem Hause die Spiritusaffäre behandelt wurde. Es wäre meiner Ansicht nach eine Ehrensache des Senates gewesen, diese Angelegenheit restlos, bis zum letzten Ende, aufzuklären. In dem Momente, in welchem gegen den Vorsitzenden des Senates die Beschuldigung erhoben wird, er habe politische Parteien mit Geld korrumpiert, in diesem Momente ist es eine selbstverständliche Ehrensache des Senates, eine Kommission einzusetzen, um vollständig aufzuklären, ob und inwieweit diese Anschuldigung gegen den Vorsitzenden des Hauses auf Wahrheit beruht. Ich erinnere Sie an jene Sitzung im vorigen Herbst, als wir hier, sofort nach dem Auskommen der Spiritusaffäre die Einsetzung einer Untersuchungskommission verlangten. Durch acht Stunden mühte die Sitzung unterbrochen werden und erst in späterer Nachtstunden haben Sie dann unseren Antrag abgelehnt. Wenn sich unter Ihnen viele Mitglieder waren, die die Notwendigkeit der Aufklärung dieser Sache eingesehen haben, die es für unmöglich hielten, daß man den Präsidenten des Hauses so schwer beschuldigt, und daß das Haus selbst ruhig mit einer nichtsagenden Erklärung des Präsidenten über die Sache hinweggeht, waren es auswärtige Einflüsse, Herren der Pötte, der Regierung.

Sen. Ratulak: Die Pötte und Derfista ist ein und dieselbe Kumpansci. Dr. Heller (fortfahrend): Es gibt noch andere Kumpansci in diesem Staate.

fort; bleiben die Dinge, wie sie heute sind — und der steigende Kapitalismus würde feinerer Forderung dulden —, so werden Nachts, Strophulose und Darmkatarrh den künftigen Nachwuchs erschreckend dezimieren.

Je größer das Kind heranwächst, desto schwerer wird die Schuld der Gesellschaft an ihm, desto weniger gönnt sie ihm weissen es so dringend bedarf: Aufsicht, damit der Kriechling nicht allen Bodenschmutz oder auch eine gefährliche Nadel u. dgl. zum Munde führe; Sonne, damit deren heilkräftigen Strahlen die Tuberkeln und andere Bazillen erliegen; Wohnungseinrichtungen, in denen die Kinder großer Mietskasernen gemeinsam spielen und gemeinsam beaufsichtigt werden können, Absonderungsräume für Kranke, Kindergärten für ausgedehnte Häuserblöcke und ein fleckiges Grasland. Denn höher als der gesunde Aufwuchs steht den Besitzern von Baugrund und Wohnraum das Geseh, möglichst viel aus ihrem Eigentum herauszuschlagen, die Arbeiter interessiert den Kapitalisten nur, solange er für ihn front, im vor-arbeitsfähigen Alter geht er ihn weniger an als das letzte, verachtete Häuslein!

Darum verzieht er auch die sozialistischen Bemühungen um die Schule nicht und will sie nicht verstehen. Die Schule, wohl: der Bürger erkennt sie an, soweit sie seine Kinder zu gebildeten Leuten macht und soweit sie den proletarischen Nachwuchs befähigt, den schwierigen, von Analphabeten nicht zu leistenden Dienst an der modernen Maschine zu versehen. Darüber hinaus hat, so meint er, die Schule keinerlei Aufgaben zu erfüllen und deshalb ist ihm die Gehorsam gegen „Oben“ bringende Autoritäts- und Lernschule eben recht. Der Sozialist umgekehrt erblickt in ihr die stärkste Frontseite des Bestehenden, statt autoritären verlangt er die Selbsterziehung des Kindes in früh gewachter Selbstverantwortlichkeit. Schon die äußeren Einrichtungen der Schule, die steifen Schulbänke und abgeirrten Unterrichtsstände, der — nicht nur zum „Reigen“ dienende — Stuhl, die Strafen und das gefürchtete „Massenbuch“ verkrüppeln Körper, Geist und Charakter, das auf Reproduktion statt auf Produktion aufbauende Unterrichtssystem verdirbt sie noch mehr! Weiters auf eine vollständige Umgestaltung der Schule hinielenden Vorschläge beginnen mit dem Verlangen nach körperlicher Beaufsichtigung und Förderung, wie sie in schulärztlichen Einrichtungen, Schulreisen, Spielplätzen, Turnen und Sportübungen zutage treten, und gipfeln in der Forderung nach Freiheit für das Schulkind. Das Prinzip der Freiheit, richtig verstanden, soll aus den bisherigen Drillschulen Anstalten der Arbeit, des Selbsterfindens und der kindlichen Selbstregierung machen, es würde an die Stelle des Unterrichtsfeldwebels den Freund und Gefährten der Jugend setzen, und müßte die Schranke abtragen, die heute zwischen Schule und Leben, zwischen Kind und Kind ausgerichtet ist. Neben der vollkommenen Schule ist kein Raum für die schändliche Kinderarbeit, in ihrem Rahmen wäre es unmöglich, daß Kinder gerade an der Schwelle des Entwicklungsalters, mit vierzehn Jahren, aus der Erziehung entlassen und als „reife“ zur Ausbeutung in den Daseinskampf hinausgeschickt werden.

Wider der Desterreicher, darf manches als erreicht darstellen, was uns wie ein ferner Sehnsuchtsstraum erscheint: Desterreich nennt dank Wöckels Reform die von Klassencheidung freie Einheitschule sein eigen, es besitzt Staats-erziehungsheime, in denen befähigte Kinder aller Klassen Unterricht und freien Lebensunterhalt genießen. Desterreichs Arbeiterschaft bringt für den proletarischen Nachwuchs staunenswerte Opfer und hat sich im Verein der „Ein der Freunde“ eine Organisation geschaffen, deren von Winter genau geschuldet, prächtige und weitverzweigte Einrichtungen als richtungweisend angeprochen werden dürfen. Aber auch diese Höhenleistungen auf österreichischem Boden, die sozialistische Initiative ihr Dasein verdanken, bedeuten, an der idealen Forderung gemessen, nur eben einen Beginn. Sind sie doch dem kapitalistischen System bloß mühsam abgerungen, versuchen sie doch nur die ärosten Wunden zu heilen, an des Uebels Wurzel greifen sie nicht. Die liegt in der kapitalistischen Ordnung selber und wird erst ausgerissen werden, bis sich alle Menschen die gleiche Wertung erkämpft haben. Das „Nährhundert des Kindes“, dessen Anbruch Ellen Ach um das Jahr 1900 euphorisch verkündet hat, wird erst mit dem Siege des Sozialismus leuchtend anheben. K.

Inland.

Der Stadtschmied zu Brüssel Rede.

Zu der Rede, die Senator Prassel am 28. ds. im Senat gehalten hat, erhält das tschechische Prächbüro von amtlicher Quelle folgende Bemerkungen:

1) Der Herr Senator schildert unrichtig, was er die „Neujahrsgeste“ nennt. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Mit Rücksicht auf die politischen Kundgebungen, die am 28. Oktober v. J. zum Jahrestage des Umsturzes erfolgt sind, und auf ihrem Umfange wurde vereinbart, daß der heutige Neujahrsempfang beim Präsidenten der Republik ein jauch und unpolitisch sei; deshalb wurden die Vorstehenden Stellvertreter des Abgeordnetenhauses und des Senats eingeladen, und der Empfang fand nicht in Prag, sondern in Lana statt. Der Besuch des Vorstehenden des Abgeordnetenhauses Tomasek beim Präsidenten der Republik tags darauf steht mit der Angelegenheit in keinem Zusammenhang. Das, was der Herr Senator die „Neujahrsgeste“

Die Lage der tschechoslowakischen Textilindustrie.

Halbwegs gute Beschäftigung. — Rückschlag in einzelnen Branchen. — Die deutsche Konkurrenz. — Das Treiben der Unternehmer.

Von der Union der Textilarbeiter in Reichenberg wird uns berichtet:

Die Lage in der Textilindustrie innerhalb des Verbandsgebietes der Union kann, soweit die Berichte aus den einzelnen Gangebieten einen Ueberblick gestatten, dahin beurteilt werden, daß der Monat April im allgemeinen noch immer eine halbwegs gute Beschäftigung aufwies, daß aber doch schon in den einzelnen Branchen ein Rückschlag zu verzeichnen ist. Aus den einzelnen Gangebieten wird hierüber berichtet. Die

Tuchindustrie

hat in Jägerndorf im Verlauf des Monats April keine Belebung erfahren, da neue Bestellungen nicht eingelassen waren. Dagegen wurde sogar in einzelnen Betrieben zu Betriebsreduktionen gegriffen. In Neutitschein und Fulnek war der Beschäftigungsgrad in der Tuchindustrie noch gut und auch im Reichenberger Gebiet war eigentlich eine Veränderung gegenüber der Lage im Monat März nicht zu konstatieren. Auch die Aussichten für die nächste Zukunft sind im letzteren Gebiet nicht ungünstig. In

Schafwollwaren (Kleiderstoffbranche)

war die Produktion im Ascher Gebiet gegenüber März die gleiche und dürfte sich dort auch für die kommenden Wochen nach derselben Höhe erhalten. Ein kleiner Rückschlag des Beschäftigungsgrades hat sich im Neustädter Gebiet bemerkbar gemacht; dort wurde in einzelnen Betrieben bereits teilweise ausgespart oder die Stuhlzahl reduziert. Im Reichenberger Gebiet hat die Erzeugung von Schafwollwaren im Monat April eine kleine Besserung erfahren und es wurde, wenn auch in beschränktem Maße, Neueinstellung von Arbeitskräften beobachtet.

Baumwolle:

Die Spinnereien des Ascher Gebietes waren gut, hingegen die Webereien minder gut beschäftigt. Bei einzelnen Firmen wurden Entlassungen von Arbeitskräften vorgenommen, ein Betrieb wurde völlig stillgelegt. Die Veredlungsindustrie wies entsprechend den Verhältnissen in den Webereien noch einen günstigen Geschäftsgang auf. Gut war der Beschäftigungsgrad auch im allgemeinen im Mähr. Schönberger, im Neustädter und Reichenberger Gebiet, obwohl im letzteren noch immer zwei Betriebe völlig stillgelegt sind. Im Rumurger Gebiet wurde ein Betrieb (Abfallspinnerei) für einige Wochen gänzlich stillgelegt. Im Sternberger Gebiet ist der Produktionsgang ziemlich normal. Auch im Teplicher Gebiet waren die Spinnereien und Webereien im allgemeinen gut beschäftigt. Das Trautenaauer, Zwittauer und Warnsdorfer Gebiet wiesen (besonders Buntwebereien) im Vormonat ebenfalls im allgemeinen eine gute Beschäftigung auf.

Flachs, Jute- und Leinenindustrie.

Im Jägerndorfer, Mähr. Schönberger, Sternberger und Trautenaauer Gebiet allgemein gute Beschäftigung, vor allem in Exportware, weniger gut für den Inlandmarkt. In den Spinnereien macht sich hin und wieder bereits Flachsmangel stark fühlbar. Auch die Bleichereien (ausgenommen Baumwollbleichen) im Trautenaauer Gebiet, waren im Monat April noch gut beschäftigt. Was die

Strick- und Wirkwarenindustrie

anbelangt, war das Ascher und Rumurger Gebiet sehr gut beschäftigt. Im letzteren Gebiet werden schon seit Oktober Ueberstunden in den Betrieben dieser Branche gemacht. Im Teplicher Gebiet ist die Erzeugung von Konfektionsware, soweit es sich um Seidenrisolwaren handelt, lebhaft, wegen der Erzeugung von Baum-

nennt, entwickelte sich erst durch die Diskussionen der Presse.

2) Was die Behauptung des Herrn Senators Prassel über den Masarykfund betrifft, muß folgendes konstatiert werden: Zum 70. Geburtstag des Präsidenten wurde keineswegs von seiner Kanzlei, sondern von Privatpersonen eine öffentliche Sammlung veranstaltet. Auf die Annahme der einzelnen Spenden hatte der Präsident der Republik keinen Einfluß und konnte keinen haben. Er hat bloß die ganze, ihm zur Disposition gestellte Summe für humanitäre Zwecke bestimmt. Die einzelnen Spenden, sowie die Auflistung der ganzen Summe (siehe die Tagesblätter vom 28. Juni 1921) wurden öffentlich publiziert.

3) Den Zeitungen zufolge hat Senator Prassel behauptet, daß die Kanzlei des Präsidenten den Versuch gemacht habe, seine Rede, die er am 28. Oktober v. J. an den Präsidenten der Republik hielt, zu zensurieren. Demgegenüber wird konstatiert, daß Senator Prassel seine Rede der Kanzlei nicht vorgelegt hat, weder die Kanzlei, noch der Präsident etwas von ihr wußten und die Kanzlei somit auch keinen Versuch einer Zensurierung gemacht hat.

4) Soweit die Rede des Senators Prassel

wollrisolagen eine minder gute Beschäftigung zu verzeichnen hatte. In den einzelnen Baumwollverarbeitenden Betrieben dieses Gebietes erfolgten im April bereits Reduktionen und Arbeiterentlassungen.

Seide.

Nicht gut beschäftigt ist die Seidenindustrie im Jägerndorfer Gebiet; während das Mähr. Schönberger und Zwittauer Gebiet eine günstigere Produktionslage aufwies. Ebenso ist die Situation in der Strawattenstoffindustrie im Sternberger Gebiet günstig, während der Erzeugung von Seidenbändern, broschürten Seidenstoffen und in der Lächerzeugung noch immer eine schwere Depression liegt, die auch in der nächsten Zeit nicht weichen zu wollen scheint. In der Erzeugung von

Warnsdorfer Hofenstoffen

tritt immer mehr und mehr ein krisenhafter Zustand zutage. Es wurden in einzelnen Firmen dieser Branche im Warnsdorfer Gebiet im verfloßenen Monat bereits Arbeiterentlassungen vorgenommen und weitere Entlassungen sind zu gewärtigen, da eine Besserung auch künftig kaum zu erhoffen ist.

Die Verhältnisse, wie sie aus den Berichten innerhalb unseres Verbandsgebietes in der Textilindustrie feststellbar sind, dürften auch auf die anderen Gebiete der Tschechoslowakei zutreffen. Der Aufschwung während der vorhergegangenen Zeit war in der Hauptsache auf die in Deutschland herrschende Wirtschaftskrise zurückzuführen. Die tschechoslowakische Textilindustrie hat die Situation Deutschlands, besonders als infolge Einführung der Goldmarkwährung die reichsdeutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig waren, nicht ohne Erfolg auszunützen vermocht. Da auch der tschechoslowakische Inlandmarkt wieder ziemlich aufnahmefähig ist, hat die Produktion einen starken Anreiz gehabt. Wenn gegenwärtig ein gewisser Rückschlag konstaterbar ist, so deshalb, weil man befürchtet, daß die Vorräte an erzeugten Textilwaren in nächster Zeit aus mancherlei Ursachen nicht absetzbar sein werden, weshalb die Produktion gedrosselt und versucht wird, die vorhandenen Warenvorräte abzustufen. Nicht ohne Einfluß auf die tschechoslowakische Textilindustrie ist auch die Tatsache, daß Deutschland nunmehr alles daransetzt, auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden und die zum Teil verloren gegangenen Absatzgebiete wieder zurückzugewinnen. Deutschland versucht zu diesem Zweck die Preise seiner Erzeugnisse unter die Weltpreislage zu bringen und dieses Bestreben macht sich gegenüber der Konkurrenz der anderen Länder stark nachteilig fühlbar. Ein weiterer Umstand, der die Produktion ungünstig beeinflusst, ist der, daß die Unternehmer der Textilindustrie in Erwartung einer Senkung der gegenwärtigen Woll- und Baumwollpreise Zurückhaltung beim Rohstoffkauf an den Tag legen.

Wie sich die Entwicklung der Textilindustrie dieses Staates in den nächsten Wochen gestalten wird, läßt sich heute nicht voraussagen. Tatsache ist, daß die Absatzmöglichkeit sowohl auf dem Auslands- als auch auf dem Inlandmarkt noch immer günstig sind. Die Einschränkung der Produktion ist daher nur ein Manöver auf Kosten der Arbeiterschaft, die in den letzten Wochen und Monaten nicht genug Ueberstunden machen konnte. Die Unternehmer haben die Konjunktur ausgenützt, ihren Profit dabei gemacht und geben sich nun der Verdauung der eingehemsten Gewinne hin. Die Arbeiter, soweit sie — wenn auch nur vorübergehend — schon wieder aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden sind, haben als Belohnung für ihr vermehrtes Schuften in der Zeit der Konjunktur, jetzt die Aussicht auf neue Entbehrungen. Das ist der „Segen“ der kapitalistischen Produktionsweise.

vielleicht etwa den Schein erweckt, daß er endlich eine Gelegenheit finden mußte, den politischen Anschauungen, die er nicht teile, entgegenzutreten, wird konstatiert, daß sofort in dem ursprünglichen Programm zum 28. Oktober, als dem fünften Jahrestag des Umsturzes eine Kundgebung des Senatspräsidenten ohne seine Initiative proponiert wurde. Der Präsident des Senats wurde direkt aufgefordert, diese Kundgebung zu machen.

Nachhinkende Kommunisten. Wir haben schon vor mehreren Tagen die Beschlüsse der koalitierten Bergarbeiterverbände zur Unterstützung der Ruhrbergarbeiter veröffentlicht. Die kommunistische Gewerkschaftsorganisation und die kommunistische Partei wurden nun scheinbar durch die Beschlüsse der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 28. Mai aufgestellt, doch zugunsten der streikenden Bergarbeiter Deutschlands etwas mehr zu tun als auf die „reformistischen“ Gewerkschaftsorganisationen zu schimpfen und platonische, unerfüllbare Forderungen aufzustellen. Am 30. Mai veröffentlicht der Internationale Allgemeine Gewerkschaftliche Verband, der berühmte „Haisverband“, ebenfalls einen Aufruf zu Sammlungen und den Beschluß, daß der Internationale Allgemeine Gewerkschaftliche rote Verband

300.000 Kronen für die Streikenden bewilligt hat. Nachdem nun zu erwarten steht, daß die kommunistische Gewerkschaftszentrale, die dem Beschluß der koalitierten Bergarbeiterverbände nachhinkt, sich unter verschiedenen Titeln an alle Bergarbeiter um Sammlungen für die Ruhrbergarbeiter wendet; so sei hiemit darauf aufmerksam gemacht, daß diese Sammlungen des roten Gewerkschaftsverbandes mit den Sammlungen der koalitierten Bergarbeiterverbände absolut nichts gemein haben. Die Sammlungen der koalitierten Bergarbeiterverbände werden nur mit besonderen Erleichterungen an die Besobecna družstevni banka Prag eingeschickt. Wir erfordern die Betriebsräte und Funktionäre der koalitierten Bergarbeiterverbände, darüber zu wachen, daß von den Kommunisten keine Schiebungen stattfinden. Die Sammlungen der Kommunisten sind ein parteipolitisches Konkurrenzmanöver gegen den Beschluß der koalitierten Bergarbeiterverbände. Zur Zeit schimpfen, daß die koalitierten Bergarbeiterverbände Verrat treiben und dann hinterher ihre Beschlüsse nachahmen, um womöglich die Bergarbeiter irrezuführen. Die koalitierten Bergarbeiterverbände machen alle ihre Mitglieder, Funktionäre und Betriebsräte auf diese kommunistische Sonderaktion aufmerksam.

Telegramme.

Die Wiener Tagung der Gewerkschaftsinternationale.

Wien, 30. Mai. (Eigenbericht.) Gestern tagte im Sitzungsaal der Arbeiterkammer der erweiterte Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes, um die vorbereitenden Arbeiten zum Kongress vorzunehmen. An der Sitzung nahmen außer den bereits genannten Bureaumitgliedern teil: Ben Tillet (England), Solau (Belgien), Rabalero (Spanien), D'Aragna (Italien), Duerr (Schweiz), Graßmann (Deutschland), Taverle (Tschechoslowakei), Jaszai (Ungarn) und Morics (Lettland).

Die Abwesenheit der erkrankten Genossen Hueber und Leipart und der Tätigkeitsbericht des Bureaus wurden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Die Sitzung beschäftigte sich dann mit Finanzfragen und mit der von der finanziellen Lage abhängigen künftigen Tätigkeit des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Benes in Wien.

Wien, 30. Mai. (AB.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benes trifft morgen auf seiner Rückreise nach Prag in Wien ein. Bei dieser Gelegenheit wird er auch mit Bundeskanzler Dr. Seipel und Außenminister Dr. Grünberger eine Besprechung haben.

Held Ludendorff.

Berlin, 30. Mai. (Eigenbericht.) Ludendorff, der neue völkische Reichstagsabgeordnete, hat bei seiner Ankunft in Berlin den Oberregierungsrat Weizsäcker, den Leiter der politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidiums, am Schuß für seine Person für die Zeit seines Berliner Aufenthaltes ersucht. Dieser Schutz ist Ludendorff auch zugesprochen worden. Er wird seitdem ständig von Kriminalbeamten begleitet.

Der Aufmarsch des neuen Frankreich gegen Millerand.

Paris, 30. Mai. Herriot, der gestern nach Paris zurückgekehrt ist, hatte den Vätern zufolge eine längere Unterredung mit Painlevé und Leon Blum. Dem „Devoir“ zufolge wird er heute weitere Besprechungen mit Politikern der Linken haben. Morgen abends wird er den Vorstoß im Exekutivausschuß der Radikalen führen. Nach der Sitzung wird an die Sozialisten ein Schreiben gerichtet werden, um sie zur Teilnahme an einem von Herriot zu bildenden Kabinett aufzufordern.

Vor der am Sonntag stattfindenden Parlamentsitzung dürften die Abgeordneten der Linken (Sozialisten und sozialistische Republikaner) eine Vorberatung abhalten, um ihren Kandidaten für den Posten des Kammerpräsidenten zu bestimmen. Auch die Frage des Präsidenten der Republik dürfte behandelt werden. Es sei eine Resolution zu erwarten, in welcher erklärt wird, daß es unter den gegenwärtigen Umständen einer Linkenregierung unmöglich wäre, mit Millerand zusammenzuarbeiten.

Tages-Neuigkeiten.

37 ermordete Arbeiter.

Saloniki, 29. Mai. Infolge der Aufsperrung der Arbeiter einer Tabakfabrik kam es hier zu Unruhen, bei denen 37 Arbeiter getötet und drei Soldaten verwundet wurden.

Eröffnung des Hauses der Arbeit.

Am 7. Juni.

Die Vorarbeiten für das Haus der Arbeit, der Ausstellung der tschechoböhmischen Arbeiterschaft, sind soweit fertig, daß die offizielle Eröffnung für die Allgemeinheit Pfingstsonntag, den 7. Juni, nachmittags drei Uhr, stattfinden wird. Dieser allgemeinen Eröffnung geht um halb zwölf Uhr vormittags eine auf die geladenen Pressevertreter und die Vertreter der Behörden beschränkte Eröffnung voraus.

Heraus mit dem Arbeiterurlaub.

Der Urlaub eine körperliche und seelische Notwendigkeit. — Die sozialpolitische Rückständigkeit der Tschechoslowakei. — Der Arbeiterurlaub in anderen Ländern. — Eine Aufgabe für Partei, Gewerkschaft und Genossenschaften.

In der modernen Sozialpolitik ist es längst eine unumstößliche Tatsache geworden, daß jeder, der das ganze Jahr angestrengt körperlich oder geistig arbeitet, eine kurze Zeit im Sommer dazu braucht, um seinen abgearbeiteten müden Körper und Geist wieder zu erneuern. Körperliche und geistige Ruhe ist für jeden arbeitenden Menschen eine unumgängliche Notwendigkeit geworden, die Unmöglichkeit einer gewissen Erholung ist von schweren Folgen für die Gesundheit des Menschen begleitet und macht den Menschen frühzeitig stich. Aber der jährliche Urlaub ist nicht nur ein Erfordernis der körperlichen Gesundheit, sondern auch eine seelische Notwendigkeit für den Menschen. Die in Großstädten und Fabriksdörfern zusammengepackten Menschen stehen oft nur in geringem Zusammenhang mit der Natur, welche dem Menschen so viel Freude und Erquickung spendet. Die unmittelbare Berührung mit der Natur ein paar Tage im Jahr, wird dem Menschen zu einem Quell der Freude und innerlichen seelischen Erneuerung.

Diejenigen Menschen, die Zeit und Geld haben, einen Urlaub zu genießen, freuen sich schon monatelang auf diese schönsten Tage im Jahr. Sobald im Frühjahr die Sonne ihre wärmenden Strahlen ausstreckt, schmieden diejenigen Menschen, die wissen, daß sie auf Urlaub gehen können, Pläne, wie sie ihre Ferientage am besten genießen können. Aber unter diesen Glücklichen sind nur wenige Arbeiter. Gerade diejenigen, die es am notwendigsten hätten, auf Urlaub zu gehen, können es nicht tun, gerade diejenigen, die jahraus jahrein in der Arbeitsfront stehen, deren Leben eintönig verläuft und die körperliche und seelische Auflockerung durch den Urlaub am notwendigsten hätten, können nicht auf Urlaub gehen. Von den arbeitenden Schichten haben in der Tschechoslowakei nur die Privatangestellten und die Bergarbeiter ein gesetzlich zustehendes Recht auf Urlaub. Die übrigen hunderttausende arbeitenden Menschen entbehren bis heute diesen gesetzlichen Anspruch, und trotzdem man bei uns schon lange davon spricht, daß die Nationalversammlung ein Arbeiterurlausgesetz beschließen werde, trotzdem es die Gewerkschaften seit Jahren fordern, ist bisher dieses Gesetz noch immer nicht Wirklichkeit geworden. In den Kollektivverträgen ist ein angemessener Urlaub bisher noch nicht erzielt worden. Der größte Teil der Arbeiterschaft bei uns hat keinen Anspruch auf einen bezahlten Urlaub. Nur in manchen Berufen ist der Arbeiterschaft vertraglich ein Urlaub von drei Tagen zugesichert, während auf einen 14tägigen bezahlten Urlaub nur ein ganz geringer Teil der Arbeiterschaft Anspruch hat. Die sozialpolitische Reaktion, die sich seit einigen Jahren bei uns eingestellt hat, hat den Ausbau der Arbeiterurlaube bisher verhindert. Auch hier ist die Tschechoslowakei gegenüber anderen Ländern zurückgeblieben, in denen der Arbeiterurlaub in den Kollektivverträgen sich viel mehr durchgesetzt hat, oder wo es gar bereits Gesetze gibt, die der Arbeiterschaft einen bezahlten Urlaub garantieren.

So ist in England der bezahlte Arbeiterurlaub in den Kollektivverträgen bereits eine alte

Gewohnheit. In einer ganzen Reihe von Betrieben ist die sogenannte Sommerwoche eingeführt, in der die Betriebe auf eine Woche (manchmal auch auf 14 Tage) den Betrieb einstellen und die gesamte Arbeiterschaft beurlauben. Tausende englischer Arbeiter finden samt ihren Frauen und Kindern bereits heute Erholung in den englischen Seebädern. Auch in Belgien wird in fast allen Kollektivverträgen der Arbeiterschaft ein drei- bis vierwöchiger bezahlter Urlaub gewährt. In Italien wird der bezahlte Urlaub in den meisten hauptsächlichsten Industriezweigen zugestanden, die Länge des Urlaubes schwankt von sechs bis zu fünfzehn Tagen. In Deutschland findet sich der Arbeiterurlaub in fast allen Kollektivverträgen vor, wenn auch dieser Urlaub nur drei bis sechs Tage beträgt. Außerdem ist eine gesetzgeberische Aktion vorbereitet, um allen Arbeitern die Wohlthat eines Urlaubes zugänglich zu machen. Gesetze über den Arbeiterurlaub bestehen in Finnland und in Desterreich. In Finnland steht jedem Arbeiter, welcher ununterbrochen ein Jahr bei demselben Unternehmer beschäftigt gewesen ist, das Recht auf einen jährlichen bezahlten Urlaub von sieben Arbeitstagen zu. Arbeiter mit halbjähriger Beschäftigung erhalten einen Urlaub von vier Arbeitstagen. Einschränkende Vereinbarungen über Urlaub in Kollektivverträgen sind unzulässig. Ebenso hat Desterreich ein Arbeiterurlausgesetz, welches den Arbeitern Urlaube von einer Woche bei einjähriger ununterbrochener Beschäftigung und von zwei Wochen nach fünfjähriger Beschäftigung zugesichert.

In der Tschechoslowakei ist seinerzeit der Entwurf eines Arbeiterurlausgesetzes im Ministerium für soziale Fürsorge ausgearbeitet worden (nachdem das Abgeordnetenhaus im Mai 1921 in einer Resolution zur Vorlage eines solchen Gesetzes aufgefordert hatte), und auch der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat ein Subkomitee eingesetzt, das sich mit der Ausarbeitung eines solchen Gesetzeswurfes befaßte. Da der amtliche Entwurf im Parlament noch nicht einmal eingebracht, geschweige denn verhandelt und beschlossen wurde, müssen auch heuer tausende von Arbeitern den ganzen Sommer, Tag für Tag, in ihren Arbeitsstätten zubringen, ohne die Möglichkeit zu haben, sich ein paar Tage von ihrer Arbeit zu erholen. Die Arbeiterschaft und ihre Vertreter müssen bestrebt sein, das Arbeiterurlausgesetz der Bourgeoisie abzurufen und so die Voraussetzung zu schaffen, damit der Arbeiter auf Urlaub geht. Die Bildungsorganisationen des Proletariats müssen dann dafür Sorge tragen, daß der Arbeiter den Urlaub zweckentsprechend verbringt. Wir werden, sobald der gesetzliche Arbeiterurlaub erstrebt oder wenigstens in den meisten Kollektivverträgen den Arbeitern ein kurzer, bezahlter Urlaub gesichert wird, dahin streben müssen, daß der Arbeiter für wenig Geld einen schönen Urlaub verbringen kann, daß er nach seinem Geschmack Reisen unternimmt oder sich ein paar Tage inmitten der Natur ausruhen kann. Es ist eine wichtige Aufgabe, die in den nächsten Jahren die Partei, die Gewerkschaften und vielleicht auch die Genossenschaften zu erfüllen haben.

Förderung des Wohnungsbaues durch die Gewerkschaften.

Der „Grundstein“, das Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes, berichtet in der Nummer 19 vom 10. Mai 1. J., daß sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Verbindung mit dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund entschlossen habe, eine Reichswohnungsfürsorgeaktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter zu schaffen. Die ausschließliche Aufgabe dieser Gesellschaft soll sein, als Treuhänder der Wohnungsinteressen der minderbemittelten Volksklassen aufzutreten, und diese Interessen nicht nur vor den öffentlichen Organen — Reich, Staat und Gemeinden — sondern auch vor allen anderen Instanzen des privaten und öffentlichen Wohnungsmarktes zu vertreten und die Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksklassen nach dem Grundsatz der organisierten Produktion für den organisierten Konsum zu fördern. Als wesentliche Ursache der zu gründenden Fürsorgegesellschaft führt der „Grundstein“ an, daß sich um die Sicherstellung des Wohnraumes bisher keine Organisation der Lohn- und Gehaltsempfänger in besonderer Weise bemüht habe. Um die Sicherstellung der Ernährung bemühen sich die Konsumgenossenschaften, um höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit die Gewerkschaften. Reich, Länder und Gemeinden haben nach dem Kriege Wohnungsfürsorgepolitik getrieben. Sie war unzulänglich. Die Versorgung der minderbemittelten Volksklassen

mit Wohnraum ist heute eine der wichtigsten Aufgaben, welche die Organisationen der schaffenden Volksträfte in die Hand nehmen müssen. Eine Wohnung läßt sich weder erbeuteln, noch entdecken. Sie muß da sein, sie muß produziert werden. Die Besitzer des produzierenden Privatkapitals, die mit Wohnungen versorgt sind, haben an der Produktion von Wohnungen kein Interesse. Die Gewerkschaften brauchen einen verlängerten Arm der Selbsthilfe auch auf diesem Gebiet. Sie brauchen ein sachverständig geleitetes Organ, das ihnen die Wohnungsfürsorge ihrer Mitglieder abnimmt. Dieses Organ ist mit der „Reiwog“, so der Name der Gewerkschaft, geschaffen. Diese Gesellschaft ist das Spitzenorgan der Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksklassen. Ihre gemeinschaftlichen Ziele greifen tief in die Organisation der Wirtschaft und sind darauf eingestellt, die privatkapitalistische Wohnungproduktion durch eine gemeinwirtschaftliche abzulösen. Die von den Gewerkschaften gegründeten und unterstützten sozialen Baubetriebe sind heute bereits zu leistungsfähigen Wirtschaftsgliedern erstarkt und haben in den wenigen Jahren ihres Bestandes mehr als 25.000 Kleinwohnungen erbaut. Wenn sie dem Privatkapital die Wohnungproduktion nicht völlig aus der Hand nehmen könnten, so lag das daran, daß es an einer organisierten, gemeinwirtschaftlich arbeitenden Bauherrenorganisation als Vermittler zwischen den bauausführenden Betrieben und den Wohnungsbedürftigen gefehlt hat, daß die Konsumenten auf dem Wohnungsmarkte keine, die minderbemittelten Volksklassen ausschließlich vertretende Interessenorganisation besaßen. Gelingt es,

die „Reiwog“ als einen leistungsfähigen Mittler in die Wohnungproduktion einzuschalten, dann wird das Werk der Gemeinwirtschaft auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens bedeutend gefördert werden. Die minderbemittelten Volksklassen werden dann ihren gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau-Trust haben, der sich dem Privatkapital mit umso größerer Aussicht auf Erfolg entgegenstellen kann, als der private Bauplatz heute noch in technischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Beziehung der rückständigste Gewerbebezirk in Deutschland ist. Der Vorrang des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau-Trustes wird von dem Privatkapital nicht eingeholt sein, wenn die Konsumenten und Wohnungsbedürftigen als Hauptauftraggeber ihren Wohnungsbedarf durch den gemeinwirtschaftlichen Trust decken lassen und ihm auch ihr Sparkapital zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung stellen. Die Zustimmung etwa, daß die Gewerkschaften nun selbst die Hauptlasten der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Volksklassen werden sollen, wäre für sie untragbar. Da es sich aber um eine für die Mitglieder der Gewerkschaften tief einschneidende Frage handelt, wäre von ihnen dennoch eine moralische und eine beschränkte materielle Förderung der „Reiwog“ zu verlangen. — Eine Koopertierung dieses Versuches auf unsere Verhältnisse ist unmöglich. Es ist aber nichts Unrichtiges behauptet, wenn offen ausgesprochen wird, daß sich auch bei uns, keine Organisation der Lohn- und Gehaltsempfänger besonders um die Sicherstellung des Wohnraumes für die minderbemittelten Volksklassen bemüht hat. Es haben gewiß die Genossen in den Gemeinden dafür gesorgt, daß Wohnungsbauten aufgeführt wurden. Hunderte von Parteigenossen sind Mitglieder der Baugenossenschaften und sind dort tätig. Die Partei hat noch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um ihre prinzipielle Stellung zur Wohnungsnot zu präzisieren und praktische Vorschläge zur Verringerung derselben zu machen. Diesem Bemühen fehlt aber der organische Zusammenhang. Organisierte, auf Gemeinwirtschaft aufgebaute Produktion von Wohnungen ist noch nicht versucht worden. Der Sinn für diese gemeinwirtschaftliche Produktion scheint bei manchen Parteigenossen sich erst im embryonalen Zustande zu befinden. Sollten sich die Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften einmal entschließen, wie in Deutschland und Desterreich sich der praktischen und positiven Lösung zuzuwenden, dann wird der gemeinwirtschaftliche Geist erst geweckt werden müssen. Parteiprogrammatisch auf dem Boden der gemeinwirtschaftlichen Produktion und Konsumtion zu stehen, in der Theorie diesen Grundsatz auch bei jeder Gelegenheit zu vertreten, in der Praxis aber ohne sachliche Gründe auch dort, wo die Möglichkeit besteht, der Gemeinwirtschaft auszuweichen, zeigt entweder von sehr gering entwickelter sozialistischer Bestimmung, oder von einer sehr wandelbaren. Sollen nicht auch fernherhin tausende unserer Klassenossen samt ihren Angehörigen wegen Mangel eines entsprechenden Wohnraumes verkrüppeln, dahinsiechen und elend zu Grunde gehen, dann muß die klassenbewußte Arbeiterschaft auch in diesem Staate zur Selbsthilfe greifen und die Lösung der Wohnungsfrage zumindest soweit antreiben, als dies in dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt möglich ist.

Arbeiterrecht.

Wenn ein Angestellter einen Posten sucht, dann kann er was erleben. . . Das „Prager Tagblatt“ bringt — natürlich ohne ein Wort der Kritik, wie es einem Unternehmerblatt geziemt — zum zweitenmal einen Bericht über einen Prozeß, der nachfolgenden Tatbestand hat. Ein Angestellter aus Warnsdorf wurde von einer im Orte befindlichen Firma gekündigt und erhielt an einem Samstag eine Einladung von einer Brünnener Firma zwecks Reengagement. Der Angestellte konnte sich mit dem Firmainhaber nicht mehr in Verbindung setzen und hat, um dem Unternehmer eventuell einen Tag zu sparen, schon den Sonntag benützt, um sich in Brünn vorzustellen. Er hat also das Interesse seiner Firma voll und ganz gewahrt. Auch hat er vor seiner Abreise den Unternehmer schriftlich verständigt. Nach seiner Rückkehr wurde er sofort ohne Bezahlung der Kündigungsfrist entlassen und hat nun auch vor dem Obersten Gerichtshof den Prozeß verloren. Wie nun das „Prager Tagblatt“ mitteilt, begründete der Oberste Gerichtshof sein Urteil wie folgt. Der Kläger behauptet, mit der kurzen Frist seiner Abwesenheit dem Unternehmen keinen Schaden bereitet zu haben. Einen materiellen Schaden stellt für den Handel auch der Verlust des Geschäftsprestiges und der Geschäftsbereitschaft dar, denn, wenn sich ein Kunde aus dem Grunde entfernt, weil ihn ein Geschäft niemand bedienen konnte, wenn er gerade eine Ware dringend benötigte, dann verliert das Geschäft nicht bloß das, was es in diesem Moment verdienen konnte, sondern es büßt auch an dem Vertrauen in seine Tüchtigkeit und geschäftliche Verlässlichkeit ein. Dieses stellt keinen bloß idealen Schaden dar. Zur Entkräftigung der Einwendung des Appellanten in dem Ausspruch: der Angestellte hätte seinem Chef, da er während der Dienststunden nicht um einen entsprechenden Urlaub ansuchte und außerdem ihn

zu spät verständigte, „verschiedene Verlegenheiten“ bereitet, habe das Berufungsgericht die Beschaffenheit dieser Verlegenheiten gar nicht angegeben, führt das Oberste Gericht seine Entscheidung vom 16. Jänner 1923 an. In dieser wird betont, daß bei der Beurteilung des Ausbleibens keineswegs die Dauer des Ausbleibens an und für sich entscheidend ist, sondern die damit verbundenen Umstände vom Gesichtspunkte des Rechtes des Dienstgebers, vom Dienstnehmer zu verlangen, daß er durch ein plötzliches und nicht im Voraus gemeldetes Ausbleiben des Dienstnehmers nicht in Verlegenheit gebracht werde. Man sieht also, daß schon am 16. Jänner 1923 vor dem Obersten Gericht ein nicht einwandfreies Urteil gefällt worden ist. Wir kennen den Fall vom 16. Jänner 1923 nicht, aber gerade diese Beurteilung beweist, daß der Angestellte sich auf den Standpunkt des Unternehmers gestellt hat, indem er den Sonntag zu seiner Reise nach Brünn benützt hat und jedenfalls den guten Willen hatte, den Dienstgeber vor Schaden zu bewahren. Wie dem aber auch immer sei, was soll nun nach den Entscheidungen des Obersten Gerichtes der Angestellte tun, wenn es sich in einem weiteren gelegenen Provinzorte vorstellt, muß, um eine Neuanstellung zu finden? Es ist wahrhaft erstaunlich, wie unsozial und undemokratisch das Angestelltenrecht derzeit selbst von den obersten Instanzen dieser Republik behandelt wird und welcher Lücke der Unternehmer die Angestellten jetzt ausgefüllt sind. Es ist Sache der Angestellten durch innigen Anschluß an die freigeberische Organisation es möglich zu machen, daß der Unternehmerwillkür kein freies Lauf gelassen wird, und bezeichnend ist es für das „Prager Tagblatt“, dem Unternehmer indirekt Dienste zu leisten, indem es ohne Kritik ein dazartiges Urteil bringt.

Einigung im britischen Kohlenbergbau.

Aus London, den 30. Mai, wird berichtet: Die Krise in der Kohlenindustrie ist endgültig beigelegt. Die heutige Konferenz der Bergarbeiterdelegierten lehnte den Vorschlag, eine neue Abstimmung der Bergarbeiter vorzunehmen, ab und beschloß mit großer Mehrheit, die Bedingungen des neuen Abkommens mit den Gewerkschaften anzunehmen. Dessen zufolge sollen die normalen Gewinne der Gewerkschaften 15 Prozent der normalen Bergarbeiterlöhne ausmachen. Der Rest des Gewinnes nach Abzug der Normallöhne, der anderen Ausgaben und der Normalgewinne vom Gesamtgewinn soll derart verteilt werden, daß 88 Prozent des Gewinnüberschusses den Löhnen und 12 Prozent dem Normalgewinn zufallen.

Die Beteiligungsinternationale. Wien, 30. Mai. Gestern war in Wien der Internationale Beteiligungsarbeiterkongress zusammen. Auf dem Kongresse sind vertreten: Holland, Dänemark, England, Frankreich, Schweiz, Schweden, Ungarn, Polen, Belgien, Deutschland, die Tschechoslowakei und Desterreich; vom Internationalen Arbeitsamt ist de Rode erschienen. Nach der Begrüßung des Kongresses durch den Wiener Bürgermeister Dr. Seitz erstattete der Sekretär der Internationalen Beteiligungsarbeiterföderation den Bericht über die Zeit vom Jahre 1920 bis heute. Vor allem wurde als Sitz der Internationale Amsterdambewählt. Das bisherige Bureau wurde wiedergewählt, darunter für die Tschechoslowakei: Kolber Den Amerikanern, die nicht anwesend sind, wurde ein Sitz im Bureau eingeräumt. Heute findet eine allgemeine Schneiderversammlung statt, in der die ausländischen Delegierten sprechen werden.

Positive Reflexion auf der Wiener Straßenbahn. Die Wiener Gemeinde verhandelte mit den Straßenbahndienstleistungen in Angelegenheit der Verlängerung des Nachtverkehrs und in der Frage neuer Lohnforderungen. Da man sich weder in der einen noch in der anderen Frage einigen konnte, setzte am Donnerstag die Straßenbahn mit der positiven Reflexion ein, die sich zunächst in der Einstellung der sogenannten Extrafahrten, vor allem in der Einstellung des Bahnhofsnachtverkehrs, äußerte.

Literatur.

Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der soeben erschienene Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) über die Jahre 1922/23 gibt ein ausführliches Bild der Bestrebungen des Bundes auf den verschiedenen Gebieten seiner Wirksamkeit. Besonders ausführlich sind in dem Bericht behandelt: die Anti-Kriegsaktion; die Hilfsaktion für die deutschen Gewerkschaften; die Unterstützungsfaktion für das hungarische Ausland; die Wiederaufbau-Politik des I. G. B.; das Verhältnis zur kommunistischen Gewerkschaftsinternationale; die Tätigkeit der Arbeitergruppe im Internationalen Arbeitsamt in Genf und das Verhältnis zur Genossenschafts-Internationale und zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Für alle, die sich für die Fragen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik und die Resultate der internationalen Arbeiteraktion interessieren, wird dieser übersichtlich geordnete und reichhaltige Bericht ein willkommenes Wegweiser sein. Der Bericht ist zu beziehen durch die Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg, Färbergasse 1, Preis 20 K.

Ein Arbeitstag.

Genosse Heinrich Lukarsch aus Weistritz sendet uns folgende Skizze. Sie spiegelt in ihrer Einfachheit das eintönige Leben des Arbeiters getreulich wieder, das Leben, das nur durch eine Hoffnung veredelt wird, durch die Hoffnung auf den endlichen Sonnenaufgang.

Fern im Osten verkündet ein rotes Leuchten einen neuen Tag. Die Nacht flieht, die ersten Sonnenstrahlen ergießen sich über Feld und Wald. Alles in der Natur atmet mit wonnigem Behagen die frische Morgenluft. Bald sieht man auch die Sonne, diesen feurigen Ball, am Himmel stehen. Man fühlt ihre warmen Strahlen, und man wird es in den Häusern und auf der Straße immer lebendiger, denn für die meisten Menschen ruft die Pflicht. Es heißt an die Arbeit!

Schwer stampfen in den ersten Morgenstunden die Arbeiter über das Pflaster, sehnsüchtige Blicke in die schöne freie Natur sendend! Daneben steht man Frauen und Mädchen, miuntert fast noch Kinder, die gleichfalls verdienen müssen. Auch sie schauen, den Kopf in die Höhe gehoben, sehnsüchtig zur Sonne, um dann mit einem schweren Seuffzer weitzugehen, ihrem harten Los entgegen. Alle fühlen es, daß heute nur die ein Recht darauf haben, sich täglich an der Natur zu erfreuen, die die Arbeiter für sich arbeiten lassen und sie ausbeuten.

In tiefe Gedanken verfunken nähern sich die Arbeiter den Arbeitsstätten. Gleichgültig sind ihre Schritte, ja man könnte sagen automatisch treten sie an den Platz, um für andere neuen Profit zu schaffen. Ihnen selbst bleibt nur soviel, daß sie gerade ihr Leben fristen können. Schräg hört man das Pfeifen der Sirenen, die Tore der Fabriken werden geschlossen, hier und da sieht man einen Verspäteten, der in vollem Lauf den Eingang zu einer der modernen Zwingburgen des Kapitalismus erreichen will und dann schließlich schon abgehecht an seine Arbeit geht. Die Maschinen und ihre lebenden Anhänger beginnen ihre alltäglichen Bewegungen zu vollziehen. Man arbeitet...

Das ewige Einerlei beginnt nach einem kurzen Morgengruß. Schablonenmäßig verläuft ein Tag wie der andere. Nervenaufreibend ist das Getöse. Maschinen und Transmissionen tönen, stampfen, stöhnen, ächzen und saufen, als wollten sie mit einstimmen in die Seufzer der Arbeiter.

Die Sonne ist indessen am Horizont immer höher gestiegen, sie dringt durch jede Spalte und Ritze, auch durch die schmierigen Fenster. Wieder erheben abgegrämte Gestalten den Blick nach den erblickten Strahlen. Der Sonne, die alles belebt und alles Leben erstreckt, ja es erst herrlich und schön macht, gelten auch die Gedanken und die Sehnsucht der schaffenden Arbeiter. Aber sie sind eingepfercht in enge schmutzige Arbeitsräume, um für Fremde Reichtümer zu schaffen, damit andere ein leichtes Leben führen können und in schwellendem Ueberfluß auf jene mit Verachtung herabzublicken vermögen, die ihnen erst zu ihrem Reichtum verschaffen.

In Gedanken versunken, von der Sehnsucht nach der Sonne gehend, hastet der Arbeiter, ermüdet seinen Körper. Plötzlich stehen Räder und Riemen still — es ist Mittag.

Langsam legen die Menschen ihre Arbeitsgeräte aus der Hand, um ihr langes Mahl einzunehmen, das zumeist nur aus Brot besteht. Sodann ruht man ein wenig aus, läßt sich in einem Winkel nieder, wo es kühl ist, denn in den schlecht gelüfteten Räumen ist es dünstig und heiß. Jedermann freut sich, wenn er nur eine kleine Weile ausruhen und seinen Gedanken nachhängen kann. Inzwischen hat die Sonne ihren höchsten Stand erreicht... Schnell ist die Zeit veronnen, die Mittagsgasse ist zu Ende und der Kampf ums Dasein zwingt die von der Arbeit geschwärtzten Gestalten zu neuerlicher Tätigkeit.

Während die Sonne heiß vom Himmel niederbrennt, gönnen sich die Arbeitssklaven keine Rast noch Ruh. Wieder hasten und jagen die vom Schweiß riesenden Menschen hin und her, bis schließlich ein langgezogenes Eröhnen der Sirenen den Feierabend verkündet.

Feierabend! Welch ein Wort! Ein mattes freudiges Lächeln huscht über die abgepannten Züge der Arbeiter und bald verlassen sie den Ort, der ihnen nur Qualen bringt. Man sieht Männer mit harten Gesichtern und Frauen, abgegrämt und bleich, denen nach der Arbeit schon wieder häusliche Arbeiten harren. Zu Hause erwarten die Kinder sehnsüchtig die Heimkehr der Eltern, die sie den ganzen Tag entbehren mußten. Statt aber in einen trauten Familienkreis zu kommen, werfen sich die Mütter gar bald hin zur Ruh, da sie ja nur diesen einen Wunsch nach des Tages Lasten und Mühen haben. Und dann wundern sich geschickte Herren darüber, wenn in solchen Familien das Blut nicht die Peinstätte hat, die es haben sollte. Die Ausbeuter sind schuld daran!

Die Sonne sinkt immer tiefer, um schließlich mit den müden Menschen zur Ruhe zu gehen. Am nächsten Morgen müssen ja mit der Sonne auch die Arbeiter, die nur ein wenig Kraft gesammelt haben, wieder auf zu neuer Arbeit. Der eintritt wird wohl auch die Gesamtheit der Arbeiter aufsuchen und der Sonne entgegenstreiten wie noch nie.

Das sind die Gedanken eines Ausgebeuteten während eines Arbeitstages.

Labour-Minister in Prag. Gestern nachmittags traf nach einer Meldung des tschechoslowakischen Korrespondenzbureau mittels Flugzeuges aus England zur Flugausstellung in Prag außer dem Minister für Flugwesen, Lord

Thompson und dem Chef für Zivilaviation, Visemarshall Trauchier, noch ein weiteres Mitglied des Kabinetts Macdonald, Frank Hodges, ein. Dieser ist eine der hervorragendsten Gestalten der englischen Labour-Party; er ist Sekretär der Bergarbeiterföderation und im gegenwärtigen Kabinette Billford der Admiralität.

Klassenlotterie. Gestern fand in der Prager Lotteriedirektion die 13. Ziehung der fünften Klasse der zehnten tschechoslowakischen Klassenlotterie statt. Als Grundzahlen wurden gezogen: 87 und 31. Es gewannen: 2000 K die Lose Nr. 19.487 28.087 98.987 8187; 5000 K die Lose Nr. 174.587 199.487 82.787 20.087 64.687 86.487; 10.000 K das Los Nr. 59.087; 100.000 K das Los Nr. 114.887; 2000 K die Lose Nr. 170.831 200.631 2131 103.981 44.931 16.931 176.331 161.931 193.931 73.931 40.931 195.131 83.731 48.831 202.431; 5000 K die Lose Nr. 62.531 82.531 127.431 123.031 96.331 184.331 155.131 68.231 62.131 160.831; 10.000 K die Lose Nr. 191.331 20.831; 20.000 K das Los Nr. 134.031; 200.000 K das Los Nr. 111.931.

Von Zigeunern toteschlagen. Der Pächter des Ritterwirtschafthauses in Laib fuhr dieser Tage mit Würsten und Fleisch von Großmowitz nach Woschnitz. Im Walde lagen Zigeuner, die den Pächter überfielen. Dieser wurde ins Tschauer Allgemeine Krankenhaus gebracht, wo er zwei Tage darauf gestorben ist.

Eine Radio-Großstation. Ein bedeutender radiotechnischer Fortschritt wird die neue große britische Radiostation in Rugby sein. Die „Morning Post“ teilt mit, daß die Antenne, die an zwölf Masten von je 820 Fuß Höhe befestigt werden soll, etwa einhundert Meilen Draht enthält und etwa eine halbe Meile lang ist. Die Station wird so angelegt, daß eine Erweiterung möglich ist, wenn, wie vorgeschlagen, weitere vier Masten errichtet werden sollten. Die Station wird für den Verkehr mit allen Teilen der Erde ausreichen. Die Bauarbeiten werden beschleunigt, damit gegen Ende des Jahres schon der Dienst aufgenommen werden kann. Zunächst werden acht Masten errichtet; das Material für die übrigen ist in Arbeit. Ein Vertrag über die Kraftlieferung ist abgeschlossen.

Unglücksfälle am Internationalen Flugtag. In Lausanne wurde Mittwoch des Internationalen Flugtag mit Ausbrachen des schweizerischen Oberleutnants Borel und des Präsidenten der Association Francaise aerieme, Carlier, eröffnet. Es wurden außerordentlich große Erfolge erzielt. Der Vormittag war den Ausschließungsfällen für den Schnellheitsflug und für den akrobatischen Wettbewerb sowie für Geschwaderflüge gewidmet. Um 10 Uhr flog der französische Flieger Alfred Fronval in das Publikum hinein, wobei der Apparat beschädigt wurde und ein Gynast eine leichte Kopfverletzung erlitt. Am Nachmittag fanden Geschwaderflüge und Fallschirmabstürze sowie eine Ballonjagd statt, in deren Verlaufe der französische Fliegerleutnant Astion, als er einer Hochspannungsleitung ausweichen wollte, a b s t ü r z t e und mit einer schweren Kopfverletzung und einem komplizierten Schenkelbruch in die Klinik gebracht wurde, wo er kurz nach Mitternacht seinen Verletzungen erlag. Ebenso stürzte der italienische Flieger Cerutti infolge einer nach dem Start zu kurz genommenen Kurve ab, wobei sein Apparat in Trümmer ging, während er selbst unversehrt blieb. Nach einem Schaukampffliegen, einem Rundflug und Luftreflexvorführungen wurde der Flugtag geschlossen.

Wirtshauslägererei mit tödlichem Ausgang. In einem Restaurant in dem Ausflugsort Tegel bei Berlin kam es zwischen den Insassen zweier Segelboote zu einem Streit und zu einer Schlägerei. Als im Verlaufe der Schlägerei der Besitzer des einen Bootes, ein gewisser Dörhard aus Berlin, der Kriegsinvalide ist, in Gefahr geriet, ins Wasser geworfen zu werden, gab er drei Schüsse ab, von denen einer den Besitzer des anderen Bootes, einen Möbelhändler aus Berlin, namens Karl Dolejs, tötete. Dolejs ist tschechoslowakischer Staatsangehöriger. Durch die anderen Schüsse wurden noch zwei andere Segler schwer verletzt. Dörhard, der offensichtlich in Notwehr gehandelt hat, wurde in polizeiliche Schutzhaft genommen.

Eine Millionenpende Rodesellers. Rodeseller teilte Poincaré mit, er stelle dem französisch-amerikanischen Ausschusse für die Wiederherstellung zerstörter französischer Gebäude, namentlich der Kathedrale von Reims, des Schlosses Fontainebleau, sowie der Gebäude und der Fontaine von Versailles eine Million Dollars zur Verfügung. Rodeseller ist der Ansicht, daß derartige Schätze der gesamten Welt gehören, und bemerkt, er handle nicht bloß aus künstlerischen Rücksichten, sondern auch aus Sympathie und Wertschätzung zu Frankreich. Poincaré sprach dem Spender seinen Dank aus.

Eine deutsche Schule in Moskau. Einem Bericht der kommunistischen Halbmonatsschrift „Die Arbeit“ ist zu entnehmen, daß in Moskau wieder eine deutsche Schule ins Leben getreten ist, und zwar eine Schule erster Stufe mit vier Gruppen, die am 30. März ihre Arbeit begann. Sie soll allmählich zu einer neunklassigen Schule erweitert werden. Es ist bereits entschieden, daß diese Schule eines der früheren deutschen Schulgebäude bekommen soll, während sie zunächst in einem fremden Schulgebäude untergebracht ist. 121 Kinder konnten aufgenommen werden, darunter eine ganze Reihe von Kindern deutscher Emigranten. Die Mehrzahl der Kinder entstammt jedoch deutschen Familien, die lange in Moskau ansässig sind. Dem Programm der Schule ist das neue Programm der einheitlichen Arbeitsschule zugrundegelegt. Die Unterrichtssprache ist deutsch, doch soll das Russische

durchaus nicht als Fremdsprache behandelt werden. Als Ziel ist gesteckt, die Beherrschung beider Sprachen gleichmäßig zu erreichen. Die deutsche Schule ist als Musterchule für das höhere deutsche pädagogische Zentral-Technikum gedacht und wird mit dem Lehrkörper dieses Instituts in enger Gemeinschaft arbeiten.

Schatzsucher der Sowjetregierung. Das russische Finanzkommissariat hat, wie in Londoner Blättern berichtet wird, eine besondere Schatzsucher-Abteilung eingerichtet, die in den Palästen und Wohnungen der früheren Adeligen und Reichen nach verborgenen oder vergrabenen Reichthümern sucht. Es wird berichtet, daß diese amtlichen Schatzsucher im Hause des früheren Verlegers der großen russischen Zeitung „Ruskoje Slovo“ in einer Mauer große Mengen von Goldsteinen, Gold- und Silbergeschirr, kostbaren Teppichen und anderen Wertgegenständen fanden. Auch in anderen Häusern, die früher von reichen Leuten bewohnt wurden, sollen verborgene Schätze aufgespürt worden sein.

Der neue Hafen von Venedig. Auf der Insel, die die Stadt Venedig trägt, ist kein Platz mehr für Hafenanlagen; auch würde der Ausbau eines großen Hafens, wie ihn Venedig heute infolge des Anwachsenden seines Handels braucht, die Strömungsverhältnisse der Lagunen ungünstig beeinflussen, die für die Stadt lebenswichtig sind. Die Stadtverwaltung von Venedig hat daher jetzt große Pläne für See- und Binnenschiffe auf dem Festlande zwischen Mestre und Padua geschaffen. Ein Teil dieser neuen Anlagen ist bereits fertig. Der ganze Plan wird in drei Jahren durchgeführt sein. Den Zugang zum Meere vermittelt ein besonderer 64 Meter breiter und neun Meter tiefer Kanal durch die Lagune.

Katastrophaler Wirbelsturm. Aus Oklahoma (Nordamerika) wird berichtet: Ein Tornadoband den östlichen Teil von Oklahoma heimgeführt. Neun Personen wurden hierbei getötet und dreißig Häuser zerstört.

Missionäre und Plünderer. Aus Peking wird gemeldet: Zwei britische und zwei amerikanische Missionäre sind bei Pinglo (Provinz Kwangsi) von Plünderern gefangen genommen worden. Die britische und die amerikanische Gesandtschaft haben verlangt, daß von der chinesischen Regierung Schritte zur Freilassung der Gefangenen unternommen werden.

Ein Scherz, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Mittwoch abends wurde in Wien die 31jährige Private Josefa Bloudicel von dem Tischlergehilfen Ferdinand Bell, aus sträflicher Unvorsichtigkeit erschossen. Bell zeigte in seiner Wohnung seinem Freunde, dem Maurer Franz Kourel einen Revolver. Ohne sich zu überzeugen, ob die Waffe doch nicht geladen ist, legte Bell „zum Scherz“ auf Frau Bloudicel an. Mit Scherzworten stellte sich die Frau ahnungslos vor den Lauf des Revolvers, als Bell plötzlich losdrückte. Der Schuß trachte, und die Kugel drang der Frau durch die Halschlagader und blieb im Kopfe stecken. Die Unglückliche brach blutüberströmt zusammen und war nach wenigen Augenblicken tot. Die Frau hinterließ vier Kinder im Alter von neun Monaten bis zu zehn Jahren. Bell wurde der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Wetterübersicht. Am Donnerstag hat sich die Gewitterbildung auf den Westteil der Republik ausgebreitet. Die Niederschläge waren lokaler Natur und von ungleicher Ergiebigkeit. Prag hatte 5 Millimeter, Lunden 16 Millimeter Wasserwert. In der Umgebung von Mattau ging ein Wolkenbruch nieder. Am Orte fielen nur 13 Millimeter Regen.

Wahrscheinliches Wetter Samstag, 31. Mai: Vorwiegend heiter, verringerte Gewitterstimmung, warm.

Ein Psalm der Arbeit.

Ich habe der Menschheit Jahrhunderte hindurch gedient; ich habe Zeitalter hindurch die Bürden der Welt getragen.

Ich habe die Erde durchadert und habe reicheres Wachstum aus ihr hervorgebracht.

Ich habe die Wüste blühen gemacht und die Wildnis zum Garten gewandelt.

Ich habe das Korn in die Speicher getragen; ich habe die Frucht eingesammelt.

Ich habe die Welt ernährt; ich habe alle Menschen mit Nahrung versorgt.

Ich habe die wilden Tiere gezähmt und sie zu Dienern des Menschen gemacht.

Ich habe den Faden zum Stoff gewoben; ich habe die Kleider geschaffen. Ich habe die Menschen gekleidet.

Ich habe Berge abgetragen und den Fels zur menschlichen Wohnung gemacht.

Ich habe die Riesen des Forstes umgehauen und habe sie den Menschen Annehmlichkeiten schaffen lassen und Schutz.

Ich bin in die Eingeweide der Erde hinabgestiegen und habe sie gezwungen, ihren Schatz herauszugeben.

Ich habe im blendenden Glanz des Schmelzofens mein Werk getan, ungeschredt vom Geiß des Dampfes und vom Gekirr des Stahles.

Ich habe die Nationen reich gemacht. Ich habe den Wohlstand der Nationen geschaffen.

Aber meine Augen sind dabei blind geworden und meine Hände sind gebunden worden. Ich sah nicht, daß der Wohlstand, den ich schuf, mein war, noch daß die guten Dinge des Lebens mir gehörten.

Aber nun fallen mir die Schuppen von den Augen und ich beginne zu sehen.

Ich will in meiner Kraft aufstehen. Ich will meine Ketten zerbrechen.

Ich will mir nehmen, was mein ist. Ich will von meinem Eigentum Besitz ergreifen.

Ich will allen Menschen Wohlergehen und Fülle bringen. Ich will allen Frieden und Freude bringen.

Denn ich bin größer als die Sabucht. Ich bin mächtiger als Mammon.

Ich bin die Arbeit.

Selbstachtung verbunden mit der Achtung anderer Völker.

In einer vor einigen Tagen in Albert Hall gehaltenen Rede, bekannte sich Macdonald als einen „überzeugten und unbeugsamen Nationalisten“. Er interpretierte diesen Nationalismus dahin, daß Nationalismus nicht Annäherung, sondern Selbstachtung ist, und daß alle diejenigen, die sich selbst achten, am besten dazu geneigt sind, auch andere Völker zu achten. An dieser Stelle der Rede wird minutenlang stürmischer Beifall verzeichnet, ein Beweis, daß die Zuhörer sämtlich mit Macdonald dahin übereinstimmen, daß andere Völker zu achten sind. In diesen Worten Macdonalds spiegelt sich nun durchaus keine neue, bisher unausgesprochene Ansicht, im Gegenteil: Die Sozialdemokraten empfinden Achtung vor anderen Nationen und bekämpfen die Annäherung jener, für die außer der eigenen Nation nichts mehr auf der Welt existiert. Die Konstatierung einer von der Sozialdemokratie längst vertretenen Anschauung durch Ramsay Macdonald ist also an und für sich gar nichts Stauenswerthes, nur der bürgerlichen Presse erscheint die Darstellung der nationalen Auffassung plötzlich als ganz Eigenartiges, und diese Presse (übrigens auch die kommunistische) beizt sich, Kapital gegen die deutsche Sozialdemokratie herauszuschlagen. Da ist zu lesen: „Mit einem hörbaren Ruck rückte Macdonald von den internationalen Sozialisten ab, die ihn andauernd in Telegrammen und Reden „als Parteigenossen“ feiern“, oder: „Ein Standpunkt, der von dem doktrinareren Sozialismus ungefähr ebensoweit entfernt ist, wie von dem Chauvinismus deutschvölkischer Prägung“. Nach diesen Auslassungen wäre also die Annäherung an Macdonald: „Parteienoffe“ eine Falschmeldung, denn die festländischen Sozialisten sind „international“, Macdonald aber ist „national“. Einen nationalen Sozialdemokraten gibt es natürlich nicht, Sozialist ist nicht Sozialdemokrat, und da Macdonald zum Sozialisten, und zwar zu einem nationalen gemodelt wird, wäre er in Wirklichkeit demnach ein „Nationalsozialist“. Der Führer der englischen unabhängigen Arbeiterpartei wird sich allerdings beifens für diese Ehrung bedanken.

So wenig der von Macdonald betonte Nationalismus in der Sozialdemokratie etwas neues ist, so wenig ist der Trieb neu oder originell, die ausländischen Sozialdemokraten immer als treue Sachwalter ihrer Nation hinzustellen gegenüber den bösen Sozialdemokraten der eigenen Nation. Wer über einigermaßen Geschichtsbkenntnis verfügt, weiß, daß alle großen Führer der deutschen Sozialdemokratie beispielsweise für den Zusammenschluß aller deutschen Volksteile zu einem Groß-Deutschland gelebt und gestritten haben. Für diese Idee sind eingetreten Marx und Engels, Lassalle und Schweitzer, Bebel und Liebknecht, Adler und Bernerstorfer. Großdeutsche Gesinnung ist doch nicht doktrinarer Internationalismus. Die nationale Betätigung der doktrinareren internationalen Sozialdemokraten bestand allerdings nie in Schmäherung fremder Völker, sondern in Achtung des Achtungswertes und in echter, schlichter Liebe zum eigenen Volke. Internationale und nationale, demokratische und soziale Anschauungen und Bestrebungen vereinigen sich zu einem Gesamtwillen. Allerdings haben überall dort, wo das proletarische Interesse mit dem nationalen Interesse in Widerspruch geriet, wir dem proletarischen Interesse den Vorrang eingeräumt. Genau so wird es auch die englische unabhängige Arbeiterpartei mit ihrem Führer Macdonald halten und sie haben es während des Krieges oft genug gehalten, trotz der wütendsten Angriffe des englischen Bürgeriums.

Die englische Arbeiterpartei ist genau so international gesinnt wie die deutsche Sozialdemokratie. Dies geht auch aus einer Darlegung von J. Keir Hardie hervor, von der Unabhängigen Arbeiterpartei im Jahre 1919 selbst veröffentlicht wurde. Hardie schreibt: „Ich habe bereits bemerkt, daß die Mitgliedschaft der U. A. P. sich weber nach Geschlecht, noch nach Nationalität richtet. Unsere Partei ist auch international. Alle drei Jahre treffen wir mit den Vertretern der sozialistischen und Arbeiterbewegung aller Länder auf einem Kongreß zusammen.“ Die U. A. P. ist demnach international durch das Wort und durch die Tat. Macdonald, der sich als nationaler Sozialist bezeichnet, ist durch die Achtung, die er anderen Nationen beweist und durch sein Eintreten für die unterdrückten Nationen ein ebensolcher internationaler Sozialist als die Sozialisten anderer Länder.

*) Keir Hardie The J. L. P. III about 11. London 1919. Ausgewählte Bestände zum Studium der politischen Ökonomie. Herausgegeben von Karl Diehl und Paul Rombert. 12. Band. Seite 75. Verlag G. Braun, Karlsruhe.



Der Nationalismus spricht: „In England abgefägt, aus Frankreich rausgeschmissen — aber mein Deutschland lob ich mir!“

Die Konfessionen.

Die „Prager Presse“ bringt in Nr. 126 aus der Feder des Prof. Dr. Franz Wehr einen Artikel über die Konfessionen, der sich auf das statistische Quellenwert über die erste Volkszählung stützt.

Die stärkste Konfession ist die römisch-katholische. Prof. Wehr schreibt diesbezüglich: „Besonders lehrreich ist in dieser Beziehung ein Vergleich mit den analogen Verhältnissen nach der letzten altösterreichischen Volkszählung vom Dezember 1910, der um so exakter durchgeführt werden konnte, als die methodischen und technischen Grundlagen der Konfessionsstatistik bei beiden Volkszählungen die gleichen waren. An den seit 1910 eingetretenen Veränderungen in der konfessionellen Zugehörigkeit der Bevölkerung kann man in exakter Weise den Erfolg gewisser politischen und allgemeinen kulturellen Bestrebungen und Agitationen gegen die positiven Konfessionen überhaupt und die der römisch-katholischen (gegen die sie in erster Linie gerichtet sind) insbesondere ermessen. Von der gesamten Bevölkerung der Republik (13.613.172) gehören 94,68 Prozent einem positiven Religionsbekenntnis an. Nur 724.507 Einwohner waren konfessionslos; dies bedeutet einen Prozentsatz von 5,32 Prozent. Will man daran den Erfolg der erwähnten Agitationen ermessen, so muß er wohl als sehr gering bezeichnet werden. Dabei darf eines nicht außer Betracht gelassen werden: Die angeführten Zahlen beziehen sich auf das formale Moment der Matrikelzugehörigkeit und keineswegs auf die tatsächliche religiöse Überzeugung der Bevölkerung. Die Zahl der Matrikelchristen übersteigt die Zahl der formal konfessionslosen gewiß um ein Mehrfaches. Daran gemessen, kann man sich schwer der Überzeugung verschließen, daß die Kirchenaustrittsbewegung ein ausgesprochenes Fiasko erlitten hat.“

Wehr kommt zur Überzeugung, daß die Liberalität der Republik und ihre Rechtsordnung, die jeden Religionszwang ausschließt, keinen vernünftigen Grund für Kultuskämpfe abgibt. Ja, tatsächlich! Die Liberalität der Republik ist groß und ihre Rechtsordnung schließt jeden Religionszwang aus. Man sollte es gar nicht glauben, daß wir in einem Staate leben, wo Liberalität herrscht und eine Rechtsordnung besteht, die ängstlich darauf bedacht ist, daß nur ja kein Staatsbürger unter Religionszwang gestellt wird. Die Liberalität der Republik gestattet keinen Zwang, nur selbst zwingt sie durch das Strafgesetz jeden freigeistigen Menschen, seine Ansichten für sich zu behalten; sie zwingt unter Umständen einen Konfessionslosen oder Andersgläubigen der katholischen Kirche und ihren Gebräuchen Ehrerbietung zu erweisen. Der § 122 des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, RStB. Nr. 117, besieht trotz der Liberalität immer noch, ebenso der § 278 lit. d und e, ferner § 303 des zitierten Gesetzes. Ist die Republik so liberal, um bei Spielwette zu gestatten, daß bei einem Mißbrauch der Kanzel dem Geistlichen sofort von einem der

Kirchenbesucher geantwortet werden könnte? Es besteht doch in der liberalen Republik noch immer die Anschauung, die in einem Erkenntnis des Obersten Kassationshofes niedergelegt ist und das wörtlich lautet: „Der Mißbrauch der Kanzel zu unangehörigen Ausfällen wider einzelne Zuhörer oder zu abfälliger Erörterung ihrer Privatangelegenheiten entzieht dem geistlichen Prediger nicht die Eigenschaft des Trägers einer öffentlichen Religionsübung. Wer ihn, sei es auch nur zur Widerlegung des unangehörig Vorgebrachten, unterbricht, unterliegt der Beurteilung nach § 303 StGB.“ Ein solcher Mißbräuter kann mit strengem Arreste von einem bis zu sechs Monaten gestraft werden, der Geistliche geht natürlich leer aus. An dieser Tatsache ändert doch selbst das Gesetz vom 20. Februar 1919, StG. Nr. 111 (Ergänzung des § 303 StGB.) nichts. Diese Gesetzesstelle schützt allenfalls Organisationen und Parteien, nicht aber einzelne Personen und schließlich, wie oft wird überhaupt der Kanzelparagraph in Anwendung gebracht?

Die Bemerkungen des Leiters des statistischen Staatsamtes zu den Ergebnissen der Statistik der Konfessionen entsprechen also nicht ganz den Tatsachen. Und das ist für einen Statistiker immerhin bedenklich.

Der Mensch soll nicht über seine Reize klagen; dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht: Wohl an, er ist da, sie besser zu machen!
Thomas Carlyle.

Kampf eines Bottwals mit einem Fangschiff.

Edwin Arlt schildert in seinem neuen Abenteuerbuch „Zwischen Südpol und Äquator“ (Erlebnisse eines Seemanns, Goldgräbers und Pflanzers (Verlag F. A. Berthes, Stuttgart-Götha). Aus dem spannenden Inhalt geben wir eine Episode wieder, die einen Zusammenstoß mit einem Riesen der Meere schildert.

Nördlich von Bougainville fanden wir auf der Oberfläche des Meeres mehrere Ambrastücke und nahmen mit Recht an, daß Bottwale in der Nähe sein müßten. Da Ambra gut bezahlt wird, setzten wir die Boote aus und sammelten sie peinlichst. Die ausgefischten Klumpen waren von graubrauner Farbe, hatten ein Gewicht von fünf bis zwanzig Kilogramm und verbreiteten einen eigentümlichen Geruch. Die Ambra ist nichts anderes als eine Art Gallen- oder Darmstein des Wals, besteht hauptsächlich aus einem nicht verfestigten Fett und wird wegen des wundervollen Duftes im getrockneten Zustande mit Vorliebe in der Parfümerie benützt.

Noch während des Ambrafischens ertönte aus den Toppfen der Ruf: „Dort bläst er!“ Die Boote kehrten sogleich zurück, lieferten die Ambra ab und wurden für den Fang klar gemacht. Die

Wale bliesen am Horizont in See. Wir hielten daher ab und liefen mit guter Brise vor dem Winde, die vier Bote längs im Schlepptau. Es war eine Herde von Bottwalen. Sie ergriffen die Flucht und kamen nicht wieder zum Vorschein. Auf ein Signal von Bord, kehrte ich nach stundenlangem Suchen mit meinem Boot zurück, da die Mannschaft bei der Bedienung der Segel gebraucht wurde, während sich die drei übrigen Boote in der Nähe des Schiffes aufhalten mußten.

Plötzlich meldete der Vortopp wieder: „Dort bläst er!“ Nicht weit vom „Gladiator“ tauchte nun der mächtige Kopf eines Bottwals hoch. Es war ein alter Bulle, auf den alle drei Boote Jagd machten, wobei ihm das zweite Boot beide Harpunen in den Leib jagte. Das mächtige Tier blieb zunächst wie gelähmt einige Augenblicke bewegungslos liegen, ging plötzlich unter, wühlte sich mit dem Schwanz aus, kam aber sofort wieder hoch, peitschte das Wasser zu Schaum und raste auf der Oberfläche umher.

Das zweite Boot erkannte die Gefahr und gab soviel Leine als notwendig war, um aus dem gefährlichen Bereich zu kommen, doch der Wal griff an, verfolgte mit weit aufgesperrtem Rachen das stiehende Boot und jermalmte es zwischen seinen mächtigen Kinnladen. Die Mannschaft, die rechtzeitig über Bord gesprungen war, wurde mit Lebensgefahr von den anderen beiden Booten gerettet und an Bord des „Gladiator“ gebracht, worauf der Wal mit aufgesperrtem Rachen beim Schiffe umhertobte. Die Sache begann jetzt für das Schiff gefährlich zu werden. Ich machte schleunigst das Maschinengewehr klar und lud Schnellfeuer, denn sobald das mächtige Tier uns in die Seite rampte, war der „Gladiator“ höchstwahrscheinlich verloren. Wir suchten daher durch geschickte Segelmänner dem wilden Bullen stets den Bug zuzufahren, so daß er uns nur von vorn rammen konnte. Entweder mußte er dann an dem scharfen Vordersteven sich den Schädel spalten oder in dem schrägen Bug seitwärts abgleiten. So konnte er uns keinen großen Schaden zufügen.

Um die Angriffe des Wals besser übersehen zu können, war der Kapitän in den Großtopp geklettert und kommandierte von dort aus das Rudern. Durch einen ungeheuren Stoß wurde auf einmal unser Schiff erschüttert. Der Wal hatte gerammt, verfehlte aber dabei den Vordersteven und streifte uns nur am Vordorbbug. Der Stoß schien ihm jedoch wenig geschadet zu haben, denn das Tier stufte in fliegender Fahrt an uns vorbei und machte etwa 50 Meter hinter dem Heck kehrt, um sich aufs Neue auf uns zu stürzen. Diesen günstigen Augenblick benutzte ich und jagte ihm im Schnellfeuer etwa hundert Sprenggeschosse hinter die Finne. Das hatte gewirkt. Der Wal bäumte sich im Todeskampfe hoch, zeigte die rote Flagge und bedeckte das Meer mit seinem Blute.

Schnell wurden wieder die Boote zu Wasser geführt. Geschwind ruderten sie auf den sterbenden Wal zu und fischten beide Fangleinen auf, um das Tier im Schlepptau an Steuerbord längs-

seits zu bringen. Nachdem auch die Trümmer und Zubehöre des zerstörten Botes ausgefischt waren, begannen wir mit dem Entspecken.

Der erbeutete Bottwal war ein alter Bulle von reichlich 20 Metern Länge mit dunkler, runtziger Haut. Er lieferte etwa 118 Tonnen Tran und 10 Tonnen Walrat. Außerdem fanden wir in seinem Gallensack und den Eingeweiden mehrere Klumpen Ambra. Sein Kopf zeigte vorn an der linken Seite starke Verletzungen, die anscheinend vom Rammen herührten. Unser Bug hatte dagegen den Stoß gut ausgehalten.

Aber nicht immer läuft die Sache so glücklich ab, und es ist schon manch's Schiff von großen Walfischen durch Rammen so beschädigt worden, daß es sank.

Kleine Chronik.

Die Wiederbevölkerung der Meere. Die beständige Abnahme der Erträge in der Fischerei ist ein schweres Problem, das in den letzten Jahren unter den verschiedensten Gesichtspunkten studiert worden ist. Erst kürzlich kamen wieder Meldungen aus England, wie außerordentlich die Zahl der Fische zurückgegangen ist, und man muß befürchten, daß es immer weniger Fische im Meer geben wird, wenn nicht die Wiederbevölkerung gelingt. Maßnahmen werden in allen Ländern Europas mit Küstenland, in Großbritannien und Amerika ergriffen und erwogen. In gewissen Gebieten ist das Fischen wegen der Kleinheit der dort vorhandenen Fische verboten, und jede Uebertretung wird schwer bestraft. Aber trotzdem wird noch eine große Verschwendung mit den Bewohnern des Ozeans getrieben. Mächtig werden Tausende von Tonnen Fische ans Land gebracht, die wegen ihrer Kleinheit wertlos sind, die liegen bleiben, verfaulen und dann billig als Dünger verkauft werden. Würde man sich beim Fischen nur auf ausgewachsene Tiere beschränken, so würde man nicht nur bessere Ware für die Fischmärkte liefern, sondern auch die Meere nicht von Tieren entblößen, die im reifen Zustande durch ihr Laichgeschäft den Vorrat an Fischen beträchtlich vermehrt hätten. Jedes Jahr werden neue Erhebungen und Statistiken über die Bevölkerung der Wassertiefen gemacht.

Die Qualen der Nervosität sind großenteils von uns selbst verschuldet. Insbesondere darf der zur Nervosität neigende Mensch nicht rauchen. Eine einzige Zigarette vor der Beschäftigung mit Menschen macht oft zornmüde, wenigstens ungeduldig, reizbar. Zweitens ist ausgiebiger Schlaf notwendig. Wer nur sechs, sieben Stunden schläft, aber acht bis zehn Stunden geistig arbeitet, muß nervös werden. Schwere körperliche Arbeit ist keine Erholung von geistiger. Häufiger Aufenthalt in Räumen, wo viel durcheinander gesprochen wird, was man nicht hören will und wovon man gestört wird, fortwährend seine Aufmerksamkeit gewaltsam zusammenzunehmen, um nicht abgelenkt zu werden, ist eine Strafbewandlung, die endlich die Nerven schwer schädigt. Wer mit Sorgen arbeitet, der kann nicht ganz klar und klar denken, seine Arbeit leidet, seine Nerven bebend. Besonders sind Familienereignisse schlimme Förderer der Nervosität. Was ist zu tun? Mut erwerben, sich aller Störung ohne Rücksicht auf das Urteil anderer entschlagen. Diese gewinnen dabei mehr, als sie durch unsere Abwesenheit verlieren. Sie sehen uns zufriedener, heiterer wieder und das ist besser, als wenn sie uns zwar länger, jedoch schweigend oder auch mürrisch oder gar streitsüchtig um sich haben. Und vor allem: Ins Freie hinaus und sich klar werden, was der Alltagskram dem Weltgeschehen, dem Naturgeschehen gegenüber bedeutet. Dr. E.

Ein neues Tuberkulosemittel. Die Kopenhagener Mitteilungen über ein neues Heilmittel gegen die Tuberkulose, das von dem Physiologen Professor Møllgaard angegeben worden ist, werden jetzt durch einige neue Einzelheiten ergänzt. Professor Møllgaard selbst schweigt nach wie vor über seine Versuche, bis sie abgeschlossen sein werden, hat aber nicht verhindern können, daß einige Einzelheiten durchgedrückt sind. Møllgaard hat sein „Kurocidin“, wie er es nennt, auf Grund theoretischer Erwägungen aufgebaut und dabei so günstige Ergebnisse erzielt, daß es bei der klinischen Anwendung des Präparates nicht nötig war, auch nur das Geringste an der Zusammensetzung zu ändern. Schwierigkeiten bereitete anfangs nur die Dosisierung. Es handelt sich um ein Goldsalz, dessen Injektion also eine starke Metallvergiftung hervorruft. Diese Vergiftung vernichtet auch den Tuberkelbazillus, ob das aber auf die Zeit geschieht, daß die Krankheitserreger unmittelbar abgetötet werden, oder ob das Mittel nur ein tödliches Toxin auslöst, ist noch unbekannt. Tierversuche scheinen jedoch nur darauf zu deuten, daß der zweite Fall vorliegt. Die klinischen Versuche sollen vollständige Heilung im Anfangsstadium und bedeutende Besserung bei vorgeschrittener Krankheit ergeben haben. Auch Fälle von Nierentuberkulose usw. sollen günstig beeinflusst worden sein. Wenn sich auch nicht alle Hoffnungen erfüllen sollten, die man in dänischen Arztkreisen an das Mittel knüpfte, so scheint es sich doch jedenfalls um ein neues, wertvolles Hilfsmittel im Kampf gegen die Tuberkulose zu handeln.

Eine Fuhrtour durch die fünf Weltteile. Drei junge Leute, die Oesterreicher Josef Wlaschek und Johann Mai, sowie der Deutsche Hans Würzberger, sind am 19. Mai von Wien abmarschiert, um eine Fuhrreise durch alle fünf Weltteile zu unternehmen. Sie beabsichtigen durch Ungarn, über Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, die Türkei, Arabien, die Küsten von Afrika und Asien, Amerika, Australien zu besuchen und die Rückreise durch Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland zu machen. Die Reisedauer ist mit acht bis zehn Jahren berechnet. Ihren Lebensunterhalt gedenken sie durch Bilderverkauf zu sichern.

Schlängenschlangen. Wenn ein Tier in Kon-
vulsion erkrankt, wird es in ein junges Sanatorium
gebracht. Bei den Schlangen ist dies jedoch nicht
angewandt, da sie den gewöhnlichen Käfig so sehr ver-
missen, daß schwere nervöse Depression, Hunger-
streik und Tod die Folge sind. Läßt man sie in
der alten Umgebung, so lassen sie mit sich reden,
und in letzter Zeit sind sie auch mit Erfolg ope-
riert worden. Die erste ernste Operation erlitt
eine zehn Fuß lange Riesenschlange, die drei Ge-
schwüre in der Bauchhöhle hatte. Man schnitt sie
auf und behandelte sie sorgfältig, während man
der Schlange ein Beruhigungsmittel durch den
Rachen einflößte. Sie war ganz geduldig während
der Operation und ist nun vollständig gesund. Ein
unheimlicher Patient war die Grüne Mamba, eine
wirdig wirkende Baumkobra, die selten in der Ge-
fangenschaft gefunden wird. Sie ist äußerst rasch
und reizbar und ihr geringster Biß tötet den Men-
schen. Sie hatte ausgeredet ein Geschwür im
Unterkiefer. Der Kurator der Reptilienabteilung
hatte einen Leder- und Gummi-Apparat erfunden,
mittels dessen jede Schlange gehandhabt und
untersucht werden konnte ohne Gefahr für den
Operateur. Die Mamba erholte sich auch gut von
dieser Erkrankung, starb jedoch schließlich an Lun-
genentzündung.

Nachdruck verboten.

Die Spinne und die Fliegen.

Von Maria Szucsch.

Einzigerbärtige Uebersetzung aus dem Ungari-
schen von Stefan J. Klein.

Die Spinne war dick wie ein Hahn; ihre Beine
waren aus Gold, ihr Speichel war flüssiger Dia-
mant. Sie verschwendete freigebig den kostbaren
Speichel, umspinn damit die Sträucher.

Die Fliegen flogen hin und her, erblickten das
Reh und sprachen:

„Weiß du nicht was für ein feiner Haum
dort im Laub ist?“

„Wahrlich! Er ist aus reiner, strahlender
Feinheit gewoben, es wäre gut, ihn aus der Nähe
zu betrachten.“

Summend und neugierig umflatterten sie das
Reh und die Spinne lud sie freudlich ein:

„Ich freue mich, daß euch das Reh gefällt,
meine schwarzen Freunde! Ihr könnt euch wohl
gar nicht vorstellen, wie viel schwere Mühe es
kostet, ein so schönes Reh zu weben.“

„Wir glauben es dir gerne! Aber wozu dient
das Reh?“

Die Spinne schlug vor Erstaunen die Beine
gegeneinander und beehrte mit Scheinheiligkeit ver-
drehten Augen die Fliegen:

„Ich webe es nicht zum eigenen Vergnügen,
das könnt ihr mir aufs Wort glauben. Bei Gott!
Ich bin eine reiche, vornehme Spinne, bedarf eines
Rehes gar nicht, aber mein edles Herz ist von
dem einzigen Wunsch erfüllt, daß so wertvolle
Fliegen wie ihr auch etwas Schönes zu sehen be-
kommen. Und ich verbringe ganze Nächte damit,
das herrliche Reh zu weben. Und nun seid ihr
hier und bewundert mein Werk.“

Die Fliegen summten gerührt:

„Welch ein edles Herz! Diese dummen, ge-
gossenen Drogen! Was für häßliche Märchen die
vor dir erzählen, und du edelmütig opferst den
Schlaf deiner Nächte, um uns Freude zu bereiten!“

Die dicke Spinne betrachtete mit verschmitzten
Augen die sie lobpreisenden Fliegen und während
sie dachte: die hab ich schon weichgekriegt, sprach
sie leutselig:

„Höreinspaziert! Höreinspaziert! Von innen
ist es noch schöner!“

Die Fliegen drängten sich mit großer Freude
in das diamantene Reh, lärmten aralos und waren
guter Dinge. Sie schaukelten auf den Fäden und
augten die Spalten. Die große Spinne
wirbelte sich einen Faden und ließ sich zu den
Fliegen hinab. Die erste Fliege, an der ihr Weg
vorbeiführte, packte sie beim Schopf und begann
ihre das Blut auszusaugen. Da fiel den übrigen
Fliegen ein, was die Drogen erzählt hatten. Sie
erschrakten zu Tode. Sie hätten fliehen mögen, aber
ihre dünnen Füßchen lebten fest und blieben im
Reh hängen. Vergeblich war all da ihre An-
strengung, je heftiger sie um sich stießen, umso
retungslos verstrickten sie sich im diamantenen
Reh. Sie weinten und jammerten, fochten um ihr
Leben, aber die Spinne glitt gleichgültig die
Speichelleiter hinab.

Die Fliegen schluchzen:

„Sei verflucht! Du hast uns mit deinen ver-
logenen Worten hereingelockt und frisst uns jetzt
auf.“

„Ich presse euch nicht auf, sauge euch nur das
Blut aus. Dies ist mein Beruf, davon lebe ich!“

„Hast du kein Erbarmen mit uns und unserer
armen verwaisenen Familie?“

„Was denn nicht gar! Was denn nicht gar!“

„Verlogenheit! Verlogenheit! Verlogenheit!“

„Ja, das gehört zu meinem Geschäft. Ich
stinkere und betrüge, sauge mich an eurem Blut
dick, und sonst geht ihr mich nichts an!“

Die Spinne sah dick und seelenlos in einer
schattigen Ecke, die Fliegen weinten, doch kümmer-
te sie sich nicht weiter um sie.

Das diamantene glänzende Reh funkerte im
Sonnenschein und sang für die grausame Spinne
noch viele törichte Fliegen.

Volkswirtschaft. Die Arbeiterbanken in den Vereinigten Staaten.

Ihr Geschäftsbetrieb.

In den letzten dreieinhalb Jahren sind im
Gebiete der Vereinigten Staaten 22 Arbeiter-
und Genossenschaftsbanken gegründet
worden, die sich auf 13 verschiedene Grund-
staaten verteilen. Ihre Gesamtkapitalien be-
laufen sich gegenwärtig auf mehr als 60 Millionen
Dollar. Von den 22 Arbeiterbanken haben vier,
die alle erst im Laufe des letzten Jahres gegründet
worden sind, ihren Sitz in New York: die Amal-
gamated Bank, die im Besitz des Zentralgewerks-
chaftsrats befindliche Federation Bank of New
York, die International Union Bank, die dem
Damen Schneiderverband gehört, und die Broth-
erhood of Locomotive Engineers Cooperative Trust
Company, die, wie schon ihr Name andeutet, sich
im Besitz des Lokomotivführerverbandes befindet.

Die älteste Gewerkschaftsbank ist die im Mai
1920 gegründete Mount Vernon Savings Bank
des Maschinistenverbandes mit dem Sitz in
Washington; ihre Geldmittel belaufen sich jetzt auf
rund drei Millionen Dollar. Ihre Tätigkeit als
Sparbank beschränkte ihre Geschäfte auf einen
mäßigen Umfang, im Vergleich wenigstens mit der
zweitältesten der Gewerkschaftsbanken, der Loco-
motive Engineers Cooperative National Bank in
Cleveland (Ohio), die, mit einem Kapital von
einer Million Dollar gegründet, jetzt über Gesamt-
mittel in Höhe von 25 Millionen verfügt. Ihre
großen Erfolge ermöglichten es der Bank, zwei be-
stehende Privatbanken hinzuzuerwerben und den
Anlauf eines sechzehnstöckigen Bankgebäudes in
Cleveland durchzuführen, um darin eine neue Fi-
liale aufzumachen, ferner ein starkes Paket von
Aktien der Empire Trust in New York zu erwer-
ben, wo sie über eigene Filialen verfügt.

Die Geschäftsprinzipien der Arbeiterbanken
sind durchgehend folgende: Besitzer ist die
Gewerkschaft als solche, die über die Aktien-
mehrheit verfügt; die übrigen Aktien werden an
Einzelmisglieder der Gewerkschaften abgegeben.
Dividendenzahlung findet nur in von vornherein
begrenzter Höhe statt; an dem Reinertrag werden
die Einleger beteiligt, so daß diese durchgehend
eine höhere Verzinsung ihrer Einlagen erfahren
als bei sonstigen Banken oder Sparkassen. Ueber-
haupt nehmen sich die Arbeiterbanken prinzipiell
des kleinen Depositors besonders an, und es wird
keine, auch noch so kleine Einlage zurückgewiesen.
Neuerdings sind die meisten unter ihnen zur Ge-
währung von kleineren Darlehen gegen
Stellung von ein oder zwei Bürgschaften über-
gegangen; diese Darlehen bleiben zumeist unter
der Höhe von 300 Dollar, aber für den Empfänger
bedeuten sie sozusagen das „Manna vom Himmel“.
Es sind auf diese Weise viele tausend Dollar ver-
liehen worden, ohne daß eine der Banken dabei
nennenswerte Verluste erfahren hätte. Daß sol-
ches Entgegenkommen der Labor-Banken auf den
Arbeiter eine starke Anziehungskraft ausübt, ist
nur natürlich, zumal die übrigen Banken sich den
auf die Dauer mehr kostspieligen als einträglichen
Luzus, der Entgegennahme von kleinen Spar-
guthaben nicht leisten können. Die Arbeiterbanken
haben gleichwohl sehr günstige Abschlüsse zu ver-
zeichnen.

Auf die Frage woher, gibt der Kassierer der
obengenannten New Yorker Amalgamated Bank,
Veroy Peterson, Auskunft: „Im Gegensatz zu je-
der privat organisierten Bank, die sich erst um
ihre Depositen bemühen mußte, hat die Labor-
Bank den Vorteil, daß sie sofort mit relativ großen
Geldmitteln anfangen kann, die ihr sowohl aus
den Mitteln der Gewerkschaft wie auch aus den ihr
alsbald nach der Gründung, wie die Erfahrung ge-
lehrt hat, übergebenen Sparguthaben der Gewerks-
chaftsmisglieder zustießen. Jeder Bankfachmann
wird beurteilen können, was diese von vornherein
sicheren Depositen bedeuten. Denn im Bank-
geschäft kommt der Erfolg entweder durch relativ
große, aber ebenso risikoreiche Profite aus Grund-
stücken oder durch geringe Profite aus sehr beträchtlichen, aber sehr gesicherten Depositen.
Die ihrer großen Depositen sicheren Labor-Banken
haben in der Frage der Darlehensgewährung und
Investierung eine im höchsten Maße vorsichtige
Politik befolgt. Sie können sich mit einem beschei-
denen Reinertrag zufriedengeben und darum auf
Risiko um so eher verzichten. Im allgemeinen
neigen die Labor-Banken aus solchen Gründen
durchaus mehr zu dem Anlagegeschäft als etwa
zum Finanzieren von Handelsgeschäften. Sie le-
gen ihre Kapitalien zudem mehr und mehr in sol-
chen Unternehmungen an, die nicht nur Sicherheit
gewährleisten, sondern auch gewerkschaftsfreund-
lich sind.“

Besonders ausgebaut haben die Gewerks-
chaftsbanken, infolge der weiten Verbreitung der
Genossenschaftsmisglieder, über nahezu das ganze
Unionsgebiet, schließlich noch das Bankgeschäft
per Post; dies gilt besonders vom Lokomotiv-
führerverband, dessen Bank auch über eine beson-
dere Beratungsabteilung für die Verwendung von
Witwengeldern verfügt. Die Amalgamated-Bank
der Schneiderverbände, deren Mitglieder zum
großen Teil aus den mittel- und osteuropäischen
Ländern stammen, übernehmen die Beförderung
von Dollar-Noten nach diesen Gebieten und haben
in den eininhalb Jahren seit Bestehen dieser Ein-
richtung über 4 Millionen Dollar dorthin zum
Versand gebracht, ohne daß die Auftragsgeber da-
bei auch nur den Verlust von einem Cent zu ver-
klagen gehabt hätten.

Die Errichtung der Labor-Banken ist die
Frucht der jahrelangen Erfahrungen, die die Ge-
werkschaftsführer im Kampf um Verkürzung der

Arbeitszeit und um Erhöhung der Löhne gemacht
haben. Die ganze Geschichte der Lohnkämpfe in
den Vereinigten Staaten hat bewiesen, daß wohl
die Löhne im ständigen Steigen begriffen sind, daß
sie aber mit den Lebenskosten niemals Schritt zu
halten vermögen. Die Führer in diesen Kämpfen
mühten feststellen, daß diejenigen, in deren Hand
die Kontrolle über die Kreditquellen eines Landes
ruht, das Geschick des Landes bestimmen. Diese
Erfahrung haben sie „kapitalisiert“, als sie im
Herbst 1919 auf einer Konferenz von Genossen-
schaften den Beschluß herbeiführten, in der ganzen
Union Banken ins Leben zu rufen, die sich im Be-
sitz von Gewerkschaften befinden und von diesen
kontrolliert werden sollten.

**Wiederanleben des Bergbaues in West-
böhmen.** Der „Prager Presse“ wird aus West-
böhmen geschrieben: In Westböhmen bestanden
seinerzeit mehrere Bergwerke, welche verschiedene
Edelmetalle förderten. Längere Zeit vor dem
Kriege gingen die meisten dieser Schächte ein. Nun
geht man wieder daran, das Silberbergwerk in
Bachgrün bei Plan erneut in Betrieb zu
setzen und die Förderung zu modernisieren. Wie
man hört, lassen Versuche eine gute Ausbeute er-
warten. Auch das Antimonbergwerk bei Pu-
mau ist wieder in Betrieb gesetzt worden; doch
ist dort durch die jahrelange Untätigkeit in dem
Schachte ein förmliches Wasserreservoir ent-
standen. Ein Fortschritt ist das Ganze immerhin,
weil durch die wiedererstandene Betriebsstätigkeit
zahlreiche Arbeitskräfte wieder Beschäftigung fin-
den. Wie man aus technischen Kreisen weiter er-
fährt, ist man an verschiedenen Punkten West-
böhmens auf der Suche nach Goldbergen. Die Ge-
winnung von Schotter, Bau- und Pflastersteinen
wird in Westböhmen von jeher an auch intensiver
betrieben werden und die zahlreichen, bisher nahe-
zu brachliegenden Steinbrüche werden der Volks-
wirtschaft wieder mehr dienstbar gemacht werden.
Im Kaiserwald soll auch Schiefer liegen, aber
ziemlich tief.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Firma Kuf u. Kretsch in Tepliz erzeugt
alkoholfreie Perlen in nachstehenden Geschmacks-
arten: Weichsel, Himbeer, Orange,
Zitrone, Waldmeister, Apfel, Limette,
Erdbeer und Grenadin, welche mit gewöhn-
lichen Mineralwasser ein tadelloses Erfrischungs-
getränk geben. Diefelben stellen sich sehr preiswert.
Bezug durch die Sec. 2788



**Kaffee
Julius Meinl**

Kunst und Wissen.

Anna Dantes vom Teatro dal Verme in Mail-
land, die in der letzten Aufführung von Puccinis
„La Boheme“ die Mimi sang, ist keine echte Ita-
lienerin, weder der gesangstechnischen Artung nach,
noch hinsichtlich ihres schauspielerischen Talentes.
Zwar ist die Stimme der jungen Sängerin schön
und auch groß genug, leidet aber unter einem be-
ständigen Vibrato des Tones und spricht daher sou-
brettenhaft an; auch der Darstellung der Gastin
fehlt die Wärme und natürliche Anmut der Rolle.
Der Zweck dieses überflüssigen Gastspiels ist sonach
nicht einzusehen, da wir in unserem eigenen En-

Der Mensch und die Sonne.

Habe deinen Körper im Sonnen-
licht! Mache ihn gesund und
schön! Von Hans Euren. Aber
100 heerliche Naturaufnahmen
männlicher u. weiblicher Körper
im Spiel der Sonne u. 24 Licht-
bilderzettel auf feinem Kunst-
druck. 7 Bogen Text. Mehr-
farbige Umschlagegestaltung von
Karl. V. Döbling.
Preis: Brosch. R 20.-
Fest gebunden R 33.-

**Volksbuchhandlung
Kramst & Co.
Teplitz-Schönau,
Terežengasse 18-22**

Eachen links!

Das neue deutsche Mißbrot
erschließt sich!
Jede Nummer R 1.10.
Zu beziehen durch die
**Volksbuchhandlung
Graf Cattel
Karlsbad, Prag Falace**

semble keine Not an besseren Vertreterinnen der
„Mimi“ haben. Oder handelte es sich hier etwa um
ein bloßes Gefälligkeitsgastspiel im Interesse der
Sängerin selbst? Uebrigens war diese „Boheme“
Aufführung nichts weniger als repräsentativ im
Hinblick auf das gegenwärtig in Prag stattfindende
internationale Musikfest. Sollten sich irrendwelche
musikgünstige ausländische Festteilnehmer zu dieser
Vorstellung verirrt haben, so werden sie von der
Prager deutschen Opernkunst keine allzu günstigen
Eindrücke gewonnen haben. —ek.

**Der Anteil des Neuen Deutschen Theaters am
Internationalen Prager Musikfest.** In dem Pro-
gramme des in diesen Tagen in Prag stattfindenden
Internationalen Musikfestes ist das Neue Deutsche
Theater mit zwei Abenden vertreten. Der erste
Abend fällt auf Mittwoch, den 4. Juni und bringt
im Rahmen des fünften philharmonischen Konzertes
zunächst die Uraufführung von zwei Chorab-
spielen von Bach in der Instrumentierung von
Arnold Schönberg, der sie auch dirigieren wird.
Hierauf folgt die Uraufführung von Alexander
Zemlinskys lyrischer Symphonie in sieben Gesängen
für eine Sopran- und eine Baritonstimme und für
großes Orchester. Als Sänger wirken Tilly de
Garmo und Josef Schwarz mit. Dirigent: Alexan-
der Zemlinsky. (Philh. Sonderabonnement.) — Am
zweiten Abende, Freitag, den 6., gelangt dann
Arnold Schönbergs Monodrama „Erwartung“
zur Uraufführung. Die einzige Partie freiert
Marie Gutheil-Schoder von der Wiener Staatsoper.
Musikalische Leitung: Alexander Zemlinsky. Inzi-
erung: Louis Laber. Weiter findet an dem
Abende die deutsche Uraufführung von Navelis ein-
aktiger komischer Oper „Heure espagnole“
statt. Musikalische Leitung: Erich Stelzel.

Repertoire-Änderung: Kleine Bühne:
Sonntag abends wird statt „Das Kamel geht
durch das Nadelohr“ „Das Apostelstück“ und
„Der Brief des Königs“ gegeben.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Sam-
stag „Die blaue Maus“; Sonntag abends
„Othello“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sam-
stag „Komödie um Rosa“; Sonntag abends
„Apostelstück“, „Des Königs Brief“.

Vorträge.

Burgen, Schlösser und Klöster des Böhmer-
waldes im Lichtbild mit Vortrag des Herausgebers
der Halbmonatszeitschrift „Der Hochwald“, Alois
Reerwald aus Krummau, am Dienstag den 3.
Juni um halb 8 Uhr abends im Sörjaal XVII der
deutschen Leohn, Prag I., Dufoba (Nähe Perstn),
veranstaltet von den Naturfreunden und dem Verein
deutscher Arbeiter. Karten im Vorverkauf bei
Kofler Deutsch, Graben. Mitglieder 3 K. Nichtmit-
glieder 4 K.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein: „Die Natur-
freunde“, Prag II., Fügnerova
nam 4. 1. Juni. Ganztäg: Be-
schau. Schloß Konopischt und
Partien in die Umgebung. Führung
Schmidt. Zusammenkunft: 7 Uhr
20 Min., Abf. 7.41 Uhr, Wilsonhbf. — Pfingsten
ins Riesengebirge: Es können wohl noch Mitglieder
an der Fahrt teilnehmen, doch können wir keine Un-
terkunft gewährleisten. Pfingstmontag: Zusammen-
kunft 14 Uhr, Denisbaldhof. Fahrt nach Zwenau-
Freiheit. Sonntag: Schneekowe-Gebirgsbau. Mon-
tag: Murrengrund-Grüntal. Rückfahrt ab Reichen-
berg Schnellzug. Ermöglichte Fahrt zitta 60 K.
Führung: Schönfelder.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak,
Beantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riecher.
Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Polak.

Kuh & Kretsch

Erzeugung von
alkoholfreien Fruchtperlen
Teplitz-Schönau

**Wir erhielten neue Sendungen
von Herren-Anzügen
vornehmend aus orig.
engl. Stoffen**

**BEKLEIDUNGSFABRIKEN
MORAVIA A.-G.
PRAG, VACLAVSKÉ 15**

Turnen und Sport.

Ein tschechischer Nationaltrauertag.

Die Schweiz schlägt die Tschechen.

Paris, 30. Mai. Bei dem heutigen Ent-
scheidungsstück in der Olympiade
schlägt die Schweiz die Tschechoslowakei mit
1:0 (0:0).